

Redaktion
Verwaltung:
1091
An Alle
K...
Telegraph-Adress
Sozialdemokrat, Prag II.
Karlsteinský nám. 32.
Postfachamt 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Zustellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
blättrig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 21. Juni 1923.

Nr. 142.

„Arbeiterregierung.“

Aus dem kommunistischen Wörterbuch ist das Wort „Revolution“ verschwunden. Vor zwei Jahren und auch noch später war allen Moskautgläubigen Revolution das „Gebot der Stunde“ und die von der „Geschichte der Menschheit“ auf die Tagesordnung gesetzte „brennendste, unaufschiebbarste Tagesfrage“. Da die Sozialdemokraten, die den Namen Marx' nicht bloß im Munde führen, sondern seine Lehren zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben, sich durch die kommunistische Wortmacherei nicht verblenden ließen, zerschlugen die Moskauer Emigranten in allen Ländern die Einheitsfront der Arbeiterbewegung. Seither hat sich die kommunistische Internationale von Kongress zu Kongress „nach rückwärts revidiert“, hat von ihren Parolen und Grundfragen, von denen jeder einzelne eine Zeitlang als heiliges Dogma galt, Stück um Stück preisgegeben. Auch auf der eben in Moskau tagenden erweiterten Exekutivsession der kommunistischen Internationale geht es unter Hülfe und Gott wieder ein Stück nach rückwärts, so weit, daß diesem Rückwärtsmarsch selbst die verhassten Sozialpatrioten kaum mehr zu folgen vermögen. Wieder wie schon auf dem dritten Kongress der Moskauer Internationale hört man das Bekenntnis: wir haben uns geirrt, es ist anders gekommen, als wir geglaubt haben! Aber sie, welche um die Schwächung der Kraft der Arbeiterklasse ein freudvolles Spiel getrieben haben, sind nicht etwa reumütig, ihre zahlreich „Irrungen“ ähren sie nicht ab, sie geben das frivole Spiel noch immer nicht verloren und schiden sich an, mit neugeschmiedeten Parolen und Schlagworten neue „Irrungen“ vorzubereiten.

Sinowjew, der, wie gestern hier gezeigt wurde, die kommunistischen Sektionen zur Revidierung ihrer Irrtümer in der nationalen Frage so eindringlich aufforderte, hat noch mehr Bekenntnisse abgelegt. Kein Wort mehr von der Revolution, vom „Gebot der Stunde“, dagegen die Feststellung, es habe sich klar gezeigt, daß die wirtschaftliche Situation in den großen kapitalistischen Staaten sich zu Gunsten des Kapitalismus geändert habe, eine Erkenntnis, zu der die Kommunisten hätten billiger kommen können, als durch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung. Dann versicherte er, daß schon seit Beginn der kommunistischen Internationale nach einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten der heftigste Wunsch bestehe, welchen Wunsch die Sozialdemokraten allerdings nur in den täglichen Verleumdungen der kommunistischen Zeitungen zu fühlen bekamen. Es sei, so meinte Sinowjew, also nichts neues in der Taktik der Einheitsfront, welche seine Partei seit dem Jahre 1923 „mit Vollstampf“ betreibt; dazugekommen sei nur das eine Neue, was man „in gewissem Maße ein strategisches Manöver nennen kann“. Wir haben, so führte er aus, bis zum Jahre 1920 gehofft, „daß die sozialdemokratische Revolution sich weit rascher vollziehen werde, daß die revolutionäre Stimmung der Massen, ihr Groll und ihre Ungeduld es uns ermöglichen werden, über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg diese Massen unter unseren Einfluß zu bringen. Das war unsere Hoffnung und das war damals die Linie der kommunistischen Internationale. Es kam aber anders! Wir haben seit dem dritten Kongress erkannt, daß die Entwicklung nicht so rasch gehe, der Groll der Massen wohl ein großer ist, daß aber auch die Kraft der Bourgeoisie stärker ist, daß die sozialdemokratische Revolution sich weit langsamer vorwärts schreite. Und so mußten wir auf eine Zeitlang der Hoffnungen entsagen, über die Köpfe der Führer hinweg diesen Teil der Massen direkt zu erfassen. Es bleibt uns daher nichts anderes

Der Aufstieg der Mark.

Berlin, 20. Juni. (Eigenbericht.) Der Rückgang der Devisenkurse hält an. Er wird allgemein darauf zurückgeführt, daß die Regierung nun doch ernstlich neue Maßregeln ergreifen will. Bemerkenswert ist, daß die Besserung des Markkurses von den ausländischen Börsen ausging und die deutschen nur zögernd folgten. Damit ist die Behauptung, daß die französische Regierung durch starke Abgabe von Mark den Sturz der deutschen Währung herbeigeführt habe, ziemlich widerlegt und die Schuld der inländischen Spekulanten neuerlich erwiesen. Der Dollar sank von 139.000 auf 129.000, das Pfund Sterling von 643.000 auf 606.000, der Schweizer Franc von 25.000 auf 23.000 und die tschechische Krone von 4488 auf 3720.

Der Reichskanzler setzte seine Besprechungen mit den Vertretern der Banken fort. Es herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die bisherige Untätigkeit gegenüber der Markkatastrophe nicht weiter andauern dürfe. Allerdings wollen die Vertreter des Bürgertums nicht so weit gehen, wie es die Sozialdemokratie fordert. Ein Teil der sozialdemokratischen Forderungen wird aber immerhin verwirklicht werden. Insbesondere dürften die Umwandlung der Kredite auf Grund der Goldbasis, die Einschränkung des Devisenverkehrs und die Vermehrung der Zwangsanleihe durchgesetzt werden.

Verprechungen der Regierung.

Berlin, 20. Juni. (Tsch. B.) Im Reichstagsrat heute der Reichsminister für Volksernährung und Landwirtschaft, Dr. Luther, mit, daß die Regierung gegen den Mährungsverfall neue Maßnahmen eingeleitet habe. In eingehenden Besprechungen, die der Reichskanzler jetzt mit Sachverständigen aller Kreise halte, seien die Wege erörtert worden, um der über das berechtigte Maß hinausgehenden Entwertung der Mark entgegenzuwirken. Der erste Erfolg sei sichtbar. Die in der Öffentlichkeit über die Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens gemachten Vorschläge würden seitens der Beteiligten auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen geprüft. Die vom Reichsarbeitsminister bereits in Aussicht gestellte Verbesserung der Lebenshaltung sei inzwischen in die Wege geleitet worden. Die Reichsregierung hoffe, in der nächsten Woche eine Methode vorschlagen zu können, die den berech-

tigten Wünschen der Arbeitnehmer innerhalb der wirtschaftlichen Möglichkeiten Rechnung trage und zur Beruhigung der wirtschaftlichen und innerpolitischen Lage dienen werde.

Der Stand der Ruhrverhandlungen.

Berlin, 20. Juni. (Eigenbericht.) Frankreich und Belgien dürften die deutsche Note doch getrennt beantworten. Es herrscht nämlich in einigen Punkten, besonders über die Frage, was unter dem Aufgeben des passiven Widerstandes zu verstehen sei, keine Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen. Während Belgien bereit wäre, die Räumung des Ruhrgebietes schon dann einzuleiten, wenn die deutsche Regierung ihre gegen die Befehlsgewalt gerichteten Verordnungen zurücknimmt, will Frankreich erst nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen an eine entsprechende Räumung denken. Es wünscht die Truppen weiter zu Zwangsmassnahmen bereit zu haben. In Belgien verursacht die im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung beantragte Erweiterung der Militärdienstpflicht auf vierzehn Monate Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung. Man wünscht daher zu einem raschen Ende zu kommen.

Der englischen Politik liegen jetzt folgende drei Gesichtspunkte zugrunde: 1. Eine Billigung der französischen Ruhrpolitik und ein Druck auf Deutschland zum Aufgeben des Widerstandes sind unmöglich. 2. Der englische Premier ist zu großen finanziellen Opfern nur dann bereit, wenn sie einer Verständigungspolitik dienen. Eine Neuorientierung der englischen Politik könne nicht erfolgen. 3. Wenn Baldwin's Bemühungen scheitern, ist vorläufig an keinen weiteren Ausgleichsvertrag zu denken.

Ausschukberatungen der deutschen Partei.

Berlin, 20. Juni. (Eigenbericht.) Heute trat der Parteiausschuss der Vereinigten sozialdemokratischen Partei zusammen, der nach einem Referat des Genossen Hermann Müller über die innen- und außenpolitische Lage die bisherige Taktik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion einmütig billigte. Es wurde beschlossen, den Parteitag erst am Anfang des nächsten Jahres abzuhalten. Es wird dann bereits der Entwurf des neuen Programmes vorgelegt.

übrig, als uns zu bestreben, in schweren Kämpfen, in langamer Arbeit, die ihre Ergebnisse erst in einigen Jahren zeigen kann, dahin zu wirken, daß die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, wie notwendig eine Vereinigung mit uns ist, und daß sie, wenn es nicht anders geht, zu diesem Zwecke die Führer abhürtern müssen. Das ist, wenn ihr wollt, in unserer Taktik ein „Manöver“.

Kurz gesagt: Panzerrollen auf allen Seiten, dem durch „taktische Manöver“ noch eine Zeitlang gesteuert werden soll! Die kommunistischen Führer sehen ein, daß der einzige Inhalt des Kampfes ihrer Partei nicht bloß das wüste Geschimpfe ihrer Mütter und Redner auf die „sozialdemokratischen Verräter“ sein könne, darum das „taktische Manöver“ der Einheitsfront und neuestens jenes der „Arbeiterregierung“. Die Einheitsfront denken sie sich als eine große „Entlohnungsaktion“, was die „Arbeiterregierung“ sein soll, davon hat man bisher nur dunkle Andeutungen empfangen! Nicht mehr „Diktatur des Proletariats“, sondern „Arbeiterregierung“! Was stellen sich die Kommunisten darunter vor? Wie soll eine solche Arbeiterregierung gebildet werden? Die Stimmen aller Arbeiterparteien in der Tschechoslowakischen Republik erreichten schon bei den letzten Wahlen nicht die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Sie bildeten auch schon damals nicht die Mehrheit in der politischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Seither ist — und nicht ohne Verschulden der Kommunisten — die Stärke der kapitalistischen Parteien nur gewachsen und die Bildung einer reinen Arbeiterregierung auf parlamentarischem Wege natürlich ausgeschlossen. Aber aus einer Rede, die der tsche-

Privatwirtschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaues.

Dr. Ing. Martin Wegner (Berlin).

Nach dem Kriege in allen Ländern der Mangel an Wohnungen fühlbar wurde, und das Privatkapital von sich aus keinen Anreiz fand, sich dem Wohnungsbau zuzuwenden, da keine geeignete wirtschaftliche Kapitalquelle ein, die von den Staaten und Gemeinden mobilisiertes öffentliches Kapital für den Bau der fehlenden Volkswohnungen flüssig machte.

Diesem ersten Schritt der Gemeinwirtschaft folgte aber nicht der zweite. Warum wohl? Weil das privatkapitalistische Denken noch so tief eingewurzelt war, daß die Feinde der Gemeinwirtschaft es leicht hatten, die ersten unvermeidbaren Fehler gemeinwirtschaftlichen Bauens unter das grelle Licht der öffentlichen Kritik zu stellen, während es den Freunden der Gemeinwirtschaft unendlich schwer fiel, sich in völlig neuen Gedankengängen zurecht zu finden und die gemeinwirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues fruchtbar zu fördern.

So wurde in fast allen Ländern der gemeinwirtschaftliche Kurs des Wohnungsbaues verlassen und der alte privatkapitalistische Kurs in der Wohnungspolitik wieder eingeschlagen. Es wäre ja auch sehr fessam gewesen, wenn gerade im Wohnungsbau die Gemeinwirtschaft zu einer Zeit verwirklicht worden wäre, wo die privatkapitalistische Wirtschaft noch nie gescheitert Orgien feiern durfte, wo die Tyndinate, Kartelle und Truste dem Gipfel ihrer Macht zustrebten. Und doch ist es heute an der Zeit, einen Rückblick auf die beiden gegnerischen Kräfte der Wirtschaft zu werfen, die auf dem beschränkten Gebiete des Wohnungsbaues zum Kampfe gegeneinander angetreten waren. Dieser Rückblick kann heute um so fruchtbarer sein, als die privatkapitalistische Wirtschaft noch nicht sagen kann, daß sie die Gemeinwirtschaft besiegt habe, und die Gemeinwirtschaft nicht sagen kann, daß sie die Privatwirtschaft besiegt habe. Es ist eine Pause im Kampfe eingetreten, die für die Abschätzung der beiden Kräfte ein objektives Urteil gestattet.

Gesiegt hat die Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau auf allen denjenigen Gebieten, auf denen die privatkapitalistische Wirtschaft vor dem Kriege völlig verfaßt hat. Gesiegt hat sie auf dem Gebiete der künstlerischen, der kulturellen, der sozialen und der technischen Gestaltung des Wohnungsbaues. Ber-

tschechischer Kommunist Zapotoch in Moskau vor einigen Tagen hielt, erzählt man, daß es sich eigentlich gar nicht um eine reine Arbeiter-, sondern um eine Arbeiter- und Bauernregierung handelt, also um eine Regierung etwa, wie sie zur Zeit, als in Oesterreich die Sozialdemokraten in der Regierung waren, dort bestand und wie sie auch die Regierung Tuzar darstellte! Genau betrachtet besteht das neueste kommunistische Rezept, auf die Tschechoslowakei angewendet, demnach in nichts anderem, als in dem Vorschlag auf die Bildung einer neuen Koalitionsregierung, bestehend aus den sozialistischen Parteien und — den deutschen und tschechischen Agrariern! Um nichts anderes kann es bei dieser neuesten Lösung gehen, so sehr sie auch die Kommunisten mit revolutionären Schlagworten zu verkleiden suchen, denn die Hoffnung, die Zapotoch in Moskau aussprach, eine Zerlegung der agrarischen Partei herbeizuführen und bloß deren kleinbäuerliche Elemente für die Arbeiter- und Bauernregierung heranzuziehen, steht auf schwanken Füßen. Die kleinbäuerliche „Domovina“ ist heute mehr denn je mit der tschechischen Agrarpartei verknüpft und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung wäre darum nur durch Einbeziehung der agrarischen Parteien möglich, was jedem, der auch nicht zu den kompromißlosen Kommunisten zählt, schon deshalb bedenklich erscheinen mußte, da gerade jetzt durch die Forderung der Agrarier nach Agrarzöllen und durch ihren Kampf gegen die Sozialversicherung ein Zusammengehen mit ihnen schwer möglich erscheint.

Im „Rückwärtsrevidieren“ ihrer Ideale sind die Kommunisten demnach bei der Forderung nach der Bildung einer Regierung angelangt, die seinerzeit bei der Entstehung der kommunistischen Bewegung der Ausgangspunkt ihrer heftigsten Kämpfe war. Eben die Regierung Tuzar war es, die den Hauptanstoß zur Bildung der tschechischen kommunistischen Partei bildete, und in allen Tonarten wurden damals die Sozialdemokraten der Sozialverräterei, der Zehnfüßigkeit nach Ministerstühlen und nach der „Futterkrippe“ bezichtigt. Nach dem Ausritte der tschechischen kommunistischen Abgeordneten aus der sozialdemokratischen Partei brach die „Arbeiter- und Bauernregierung“ Tuzars zusammen, welcher „erste große Erfolg“ von den Kommunisten damals nicht genug verherlicht werden konnte. Heute aber sind sie soweit rückwärts revidiert, daß sie dort angelangt sind, wo im Jahre 1920 Tuzar gestanden ist: bei der Forderung nach einer Koalition mit den Agrariern! Das gewissenlose Scharbieren der Kommunisten mit der Arbeiterkraft, das von ihnen jahrelang betrieben wurde, kann nicht deutlicher illustriert werden, als durch ihre neueste Parole nach Schaffung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“. Die Weltrevolution haben sie begraben, alle Hoffnungen der Arbeiterkraft enttäuscht, ihre Kraft geschwächt, ihre Entwicklung um Jahre zurückgeworfen und nichts bleibt übrig als das — Regierungsrezept Tuzars! Die Wege, welche die Kommunisten einst verfolgten, möchten sie nun selbst beschreiten. Ihre „Irrtümer“ hat die Arbeiterklasse teuer bezahlt!

sagt hat die gemeinwirtschaftliche Betätigung da, wo das privatkapitalistische Baunternehmen vor dem Kriege die größten Siege erlangt. Verfolgt hat sie auf dem Gebiet der beweglichen, rasch zugreifenden Finanzierung des Wohnungsbaues und teilweise auch auf dem Gebiet der ökonomischen Verwendung der Mittel. Strittig kann die Frage sein, ob die gemeinwirtschaftliche Finanzierung dem Wohnungsbaue die gleichen oder weniger oder mehr Mittel zugeführt hat als die privatkapitalistische Finanzierung.

Betrachten wir diese Bilanz im einzelnen und ziehen wir dann später die Schlussfolgerungen daraus.

II.

Auch der größte Gegner der Gemeinwirtschaft wird nicht bestreiten, daß die mit gemeinwirtschaftlichem Kapital errichteten Wohnungsbauten auf einer ungleich höheren künstlerischen, kulturellen und sozialen Stufe stehen als die privatkapitalistischen Unternehmerrbauten. Dieser Erfolg der gemeinwirtschaftlichen Betätigung ist nicht zu leugnen. Er beruht darauf, daß der öffentliche Kapitalgeber sich verantwortungsvoller fühlt als der private Unternehmer, daß er die besten Fachleute, die erfahrensten Wohnungspolitiker, die erfahrensten Techniker und Künstler zur Mitwirkung an dem Werk der Gemeinwirtschaft herangezogen hat. Der private Bauunternehmer hatte an dem Wohnungsbau, weder ein künstlerisches, noch ein kulturelles, noch ein technisches, noch ein soziales, sondern ausschließlich ein Erwerbsinteresse, und so sahen wir vor dem Kriege Wohnungen und Stadtviertel entstehen, die an Häßlichkeit, an technischer und sozialer Schäden kaum noch zu überbieten waren. Täuschen wir uns nicht! Mit dem Abwürgen des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaues werden diese Schäden in absoluter und relativer Form wiederkehren, trotz verschärfter Polizeivorschriften und gesetzlicher Bestimmungen. Kunst und Kultur lassen sich nicht durch Vorschriften regeln, sondern entspringen einer Gesinnung, zu der sich das Privatkapital niemals aufschwingen kann.

Wollen wir uns den Wert der Gemeinwirtschaft für Kunst und Kultur, für Herz und Seele so recht vor Augen führen, dann müssen wir einen Blick auf die Bauten der Kirchen werfen. Das Kapital, das Doms und Klöster baute, war gemeinwirtschaftliches Kapital, gesammelt und aufgebracht von den Gliedern einer Gemeinschaft anvertraut einem Treuhänder, der es in die herrlichsten Werke seiner Zeit umwandelte: Und noch ein andere. Diese Bauwerke sind heute noch Gemeingut, offen für jedermann. Der Kunstwert hat Generationen erfreut. Wo ist das Privatkapital, das so bleibt und so in die Breite wirkt wie das Kapital der Allgemeinheit. Wo ist das Privatkapital, das so sozial wirkt wie das der Kirchen, der Klöster, der Zünfte, ja selbst der Fürsten und Könige, die in gewissem Sinne auch nur Treuhänder der Allgemeinheit waren?

Und die Technik? Hat die privatkapitalistische Finanzierung des Wohnungsbaues der Technik einen Fortschritt gebracht? Wer wollte das behaupten? Beweisen läßt sich aber, daß die großen zusammengefaßten Bauaufgaben, die das gemeinwirtschaftliche Kapital dem Bauplatz zuführte, neue technische Intelligenzen eingeschaltet hat. Die Typisierung und Normung des Wohnungsbaues hätte das privatkapitalistische Baugewerbe niemals auf die heutige Höhe gebracht, die die Gemeinwirtschaft ihm gegeben hat. Die Architekten, die vor dem Kriege noch Künstler auf allen Gebieten waren, haben sich zum großen

Teil auf den Städtebau und den Wohnungsbau konzentriert. Das gemeinwirtschaftliche Kapital lockt sie an, das Privatkapital nicht ab. Das Privatkapital wollte sich keine überlegenen Intelligenzen als Leiter und Führer gefallen lassen. Die soziale und hygienische Durcharbeitung der Baupläne war den privaten Bauunternehmern noch unbehaglicher als die künstlerische und künstlerische Überwachung ihrer Tätigkeit. Die letztere hätten sie zur Not noch in Kauf genommen, weil sie nur die „Fassade“ betraf, und für Fassaden war der Bauunternehmer stets empfänglich, wenn diese Fassaden seine sozialen, technischen und hygienischen Sünden verdeckten.

III.

Diesen nicht zu leugnenden Fortschritt des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaues standen aber auch Mängel gegenüber, die nicht in der Gemeinwirtschaft selbst, sondern in ihrem unvollkommenen organischem Ausbau liegen. Die Freunde der Gemeinwirtschaft haben diese Mängel nicht frühzeitig genug erkannt und haben auf ihre Abheilung zu wenig Kraft verwandt. In der Technik der Finanzierung des Wohnungsbaues war das Privatkapital der noch unentwickelten Gemeinwirtschaft überlegen. So sehen wir, daß der Gedanke der Gemeinwirtschaft unendlich diskreditiert wurde durch die bürokratischen Hemmungen, die die gemeinwirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaues zu erleiden hatte. Wir sehen, daß die Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau bewußt und unbewußt in ihrer organischen Entwicklung gehemmt wird durch politische Interessen und oft durch Interessen, die mit dem Wohnungsbau gar nichts zu tun haben.

Ist es wahr, daß die Gemeinwirtschaft nur an den Fesseln bürokratischer und politischer Hemmungen leben kann? Ist es wahr, daß die Gemeinwirtschaft unbewoglicher arbeiten muß und der Initiative keinen Spielraum läßt? Wahr ist nur, daß dem gemeinwirtschaftlichen Kapital in den Amtsstuben der Bürokraten und in den Diskussionsforen der Politiker der Pulsschlag des freien und großzügigen Handelns abgeschnitten wurde. Wahr ist, daß das gemeinwirtschaftliche Kapital genau so beweglich ist und genau so der Initiative folgt wie das Privatkapital. Kapital bleibt Kapital. Wahr ist, daß sich das gemeinwirtschaftliche Kapital nicht unökonomischer verwenden und schlechter bilanzieren läßt als das Privatkapital. Nur an der Technik der Bilanzierung und an der Technik der Dekonominierung hat es gescheit. An der Vervollkommnung dieser Technik werden wir fortan zu arbeiten haben. Die Konsumgenossenschaften und Baugilden haben den Beweis erbracht, daß sie nicht schlechtere Wirtschaftler sind als die privaten Händler und Unternehmer. Was der gemeinwirtschaftlichen Kapitalquelle in fast allen Ländern fehlt, das war die konsequente Einschaltung der freien Konkurrenz bei der Verwendung der Mittel, das war das Fehlen einer gemeinschaftlichen Bank, die das Kapital nach ökonomischen und nicht nach bürokratisch-politischen Gesichtspunkten zu betriebsfähigen hätte. Warum sollte es unmöglich sein, dem gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau eine Bank zu schaffen, die ihre Mittel aus einer gemeinwirtschaftlichen Kapitalquelle (Steuern oder Abgaben) erhält und sie dann in den baugewerblichen Produktionsprozess ebenso ökonomisch einleitet wie das vor dem Kriege die privaten Banken und privaten Geldgeber tun konnten. Es würde zu weit führen, wenn ich in diesem Zusammenhang auf die Einzelheiten der Vervollkommnung des gemeinwirtschaftlichen Kapitalumschlages näher eingehen würde. Sicher ist, daß

eine Vervollkommnung noch nicht versucht worden ist, und daß das Privatkapital ein Interesse daran hat, die gemeinwirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaues auf einer höheren Stufe der Ökonomie nicht zur Entwicklung zu bringen. Darum kann man auch von einem Verfolgen der Gemeinwirtschaft nicht sprechen. Kritizieren sollte man nur die Hemmungen, die dem organischen Wachstum der Gemeinwirtschaft entgegenstanden. Die Freunde der Gemeinwirtschaft haben sich auf diese Kritik zu wenig eingestellt und darum nur zu oft den Mäulen an eine solche verloren, die sie in der Hand der Bürokraten und der Politiker bereits als etwas Endgültiges und Vollkommenes betrachtet haben.

IV.

Gehen wir nun zu der Frage über, ob die gemeinwirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaues die gleichen oder mehr oder weniger Mittel zuführen könnte als die privatkapitalistische Finanzierung, wie sie vor dem Kriege bestand und heute wieder erstrebt wird.

Die Beantwortung dieser Frage führt uns mitten hinein in ein finanzwirtschaftliches Problem, das in seiner ganzen Tragweite in diesem Artikel nicht aufgerollt werden kann. Versuchen wir, die Antwort auf kürzerem Wege zu geben.

In einer Reihe europäischer Staaten wurde die gemeinwirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaues abgebaut, in der Erwartung, daß sich das Privatkapital wieder dem Bauplatz zuwenden werde, wenn man ihm „Anreizmittel“ gibe. Welche Anreizmittel waren das? Geschenke der Allgemeinheit an Privatkapitalisten? Solche Geschenke wurden in der Tat erteilt in der Form von steuerlichen Befreiungen, in der Form von Prämien und künstlich erhöhter Mieten. Das Privatkapital reagierte — wie wir heute sehen — aber nur höchst unvollkommen selbst auf solche Geschenke, die viel zu klein waren, um den „heiligen Egoismus“ zur Entfaltung zu bringen. Welche weiteren Geschenke sind entworfen worden? Befreiungen von hygienischen, sozialen, konstruktiven, kulturellen und künstlerischen Anforderungen an den Wohnungsbau? Diese Geschenke wären nichts anderes als die Bankrotterklärung eines Kulturstaates. Zu fürchten bleibt aber, daß selbst diese Geschenke nichts fruchten werden, wenn der Staat sich nicht entschließt, den Staatsbürger und Mieter selbst zu opfern und die Mietzinsbildung dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Wohin dieses freie Spiel der Kräfte führen würde, davon können wir uns heute eine Vorstellung machen, wenn wir die Zahl der in jedem Staat fehlenden Wohnungen an der baugewerblichen Produktionskraft des jeweiligen Landes messen. Die Ware Wohnung hat nämlich die unangenehme Eigenschaft, nicht transportiert werden zu können, wie Butter, Strümpfe und Schuhe. Der Hausbesitz und das Baunternehmen sind darum vor dem freien Handel und der Einfuhr geschützt. Sie können mit einem jahrelangen Mangel an Wohnungen Monopolgewinne einstecken, die die Gewinne der dem freien Weltmarkt unterstellten Warenproduktion in den Schatten stellen. In Deutschland z. B. könnte selbst bei völliger Ueberanstrengung des Bauparates — das notwendige Kapital vorausgesetzt — der Fehlbedarf an Wohnungen nicht in fünf und auch nicht in zehn Jahren befriedigt werden, es sei denn, daß alle anderen Bauten zurückgestellt werden und die Baumaschine ausschließlich für den Wohnungsbau arbeitet. Inzwischen würden die Mieten der alten Wohnungen nicht nur auf den Friedensgoldmarktpreis (in Deutschland etwa um das Dreifache) steigen,

sondern weit darüber hinaus, weil eine künstlich entfaltete Hochkonjunktur künstlich entfaltete Wohnpreise auf dem Wohnungs- und Bauplatz erzeugen muß und damit das soziale Leben der Arbeiter und der gefährlichsten Belastung aussetzen würde.

V.

Wir haben die privatkapitalistische Finanzierung des Wohnungsbaues aber auch noch von einem anderen Gesichtspunkt aus zu betrachten. Wird der private Kapitalmarkt, wie vor dem Kriege, Kapital für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen? Wir wissen, daß der private Kapitalmarkt den Bauplatz schon vor dem Kriege mit der größten Laune behandelt hat. Wenn Industrie und Handel in Hochkonjunktur standen, dann rissen sie das gesamte Kapital des offenen Marktes an sich, dann boten sie dem Kapital den höchsten Zinsfuß und die günstigsten Bedingungen. Der Bauplatz und insbesondere der Wohnungsbauplatz konnte auf dem offenen Kapitalmarkt mit Industrie und Handel nicht in Konkurrenz treten, so wurde der Bauplatz zu einer Nebenbuhlerin der nationalen Volkswirtschaft. Er lebte von den Rosinen, die von den Herren Tische fielen. Und heute? Nur in wenigen Ländern hat die Produktion den Friedensstand erreicht. Die Währung aller europäischen Staaten steht noch immer unter dem Nullpunkt der Friedensparität. Das ist ein Zeichen dafür, daß der Kapitalverlust des Weltkrieges noch nicht ausgeglichen ist. Und in dieser Zeit soll der Bauplatz größere Hoffnungen auf das Privatkapital setzen können als vor dem Kriege? Ich würde den Optimismus der für den Wohnungsbau verantwortlichen Regierungen bewundern, wenn ich nicht allen Grund hätte, ihm zu misstrauen.

Misstrauen besonders deshalb, weil ich mir nicht denken kann, daß klare schauende Männer die wirtschaftlichen Vorgänge der Zeit von 1914 bis 1922 nicht verfolgt haben und nicht wissen, daß in dieser Zeit das Privatkapital so demoralisiert wurde wie nie zuvor. Das Privatkapital ist heute weit hungriger auf den Profit denn je, heute weit brutaler in der Anwendung seiner Mittel denn je, heute der volkswirtschaftlichen Verpflichtung fernher stehender denn je. Entscheidend ist aber, daß auf dem privaten Kapitalmarkt heute nicht mehr eine Vielheit einzelner Privatkapitalisten, sondern eine Minderheit von Konzernen herrscht, gegen die der private, völlig unorganisierte Bauplatz nicht aufkommen kann, selbst wenn er den Kampf mit der Industrie und dem Handel auf dem freien Kapitalmarkt aufnehmen wollte. Der Wohnungsbau und vor allem der Kleinwohnungsbau wird von diesen Konzernen ausgehungert werden, weil er auf einer ganz anderen wirtschaftlichen Ebene tätig ist als Industrie und Handel. Zum Wohnungsbau steigt das Kapital nur auf, wenn sich das Kapital des offenen Marktes in den tiefer liegenden, Industrie und Handel versorgenden Nöhren zu stauen beginnt. War die Krise des Bauplatzes schon vor dem Kriege volkswirtschaftlich unerträglich, so muß sie sich heute katastrophal auswirken, wenn nicht mindestens dem Wohnungsbau eine ständig fließende, selbständige Kapitalquelle erschlossen wird. Welche volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung eine solche dauernd gesicherte gemeinwirtschaftliche Kapitalquelle hat, das habe ich in einem Vortrag über alte und neue Bauwirtschaft auf dem Baubüchertag in Hamburg am 28. Mai d. J. eingehend auseinandergesetzt.

Der erste Frankfurter Arbeiter-Berein.

Von Dr. Max Cuatrecasas

Der Frankfurter Arbeiterverein, dessen Organ die „Allgemeine Arbeiterzeitung“ war, wurde am 14. Mai 1848 in der städtischen offenen Reithalle gegründet. Die erste Nummer enthält bereits den Gründungsbericht und kann mit Recht bedauern, daß sich die damalige Frankfurter Stadtregierung aus diesem Anlaß einmal wieder mehr als bloßstellte. Aus Furcht vor der angeläuterten Arbeiterversammlung war nämlich die gesamte Militärmacht der freien Reichsstadt nebst Bürgerwehr seit Mittag unter Waffen gestellt worden. Diese Herausforderung hatte nicht den geringsten Erfolg. Die Versammlung war von mehreren tausend Menschen besucht und verlief durchaus ruhig. Man hatte nebenbei wohl auch Bürger und Soldaten von der Versammlung fernhalten wollen. Ein in früherer Arbeiterversammlung gewähltes Arbeiterkomitee, dem die Einladung aller Berufe aufgetragen war, sowie eine Kommission des „Vaterländischen Vereins“, einer neu entstandenen bürgerlich-demokratischen Vereinigung, waren die gemeinsamen Einberu-

ffellen führte den Vorsitz, der Arbeiterverein wurde gegründet und nochmals ausdrücklich ausgesprochen, daß auch alle Kopparbeiter willkommen seien. Der Zweck des Vereines bestche darin, eine Art von Frankfurter Gewerkschaftskommission zur Vereinigung und gemeinsamen Vertretung aller Berufsangehörigen zu bilden, durch die politische Macht der Arbeiter zu fördern und lebend das Gefühl der Gemeinsamkeit im ganzen deutschen Volke hervorzuheben. Die Leitung der Organisation bestand in der Hauptsache aus Vertretern der einzelnen Gewerke, worunter nicht nur die Handwerkerinnungen, sondern ausdrücklich alle Berufsarten verstanden sein sollten, unter Führung eines politisch geschulten Vorsitzenden und Schriftführers. „Einen Unterschied verschiedener Stände kennt der Arbeiterverein nicht; niemand ist von ihm ausgeschlossen, niemand in ihm bevorzugt.“ Vom 18. Lebensjahre ab konnte man Mitglied sein. Stritt auf regelmäßige Verträge man sich auf freiwillige Beiträge. Man kann diesen Bestimmungen eine gewisse Gerechtigkeit nicht absprechen. Bis zum 18. Mai sollen 1695 Mitglieder, einige Tage darauf 1972 und später „weil bis dreitausend“ Mitglieder vorhanden gewesen sein.

Seine zweite Versammlung hielt der Verein am 18. Mai anläßlich der Eröffnung der Nationalversammlung ab. Zu Beginn sprach sich der Vorsitzende gegen alle Demonstrationsspielerei („Straßensandal und Rabenmusik“) aus, die nur Wahnwände zur Truppenansammlung in Frankfurt geben könnten. Dann wurden Verfassungsklagen zur Sprache gebracht. Aber schon hatte man mit der Diskussionsfähigkeit der Handwerkerellen zu kämpfen. Man besprach den Streit und den Auszug der Bäckerellen, von denen Wendel in seiner Frankfurter Geschichte berichtet, und unterstützte durchaus die mehr als begründeten Arbeitsbeschwerden der Kameraden.

Aber es muß der Grundsatz festgestellt werden, daß, wer einem Verein angehört, auch eben der Stimme des Vereines sich unterwerfen und die

Hilfe des Vereines in Anspruch nehmen muß. Die Vertreter des Bäckerwerks wurden in der Komitteesitzung vom 16. Mai von allen Mitgliedern des Komitees gebeten, bis zum Schlusse der Woche auf die durch die Mitwirkung des Vereines hervorbringende Abhilfe ihrer Beschwerden zu warten. Nach Ablauf dieser Zeit würde der ganze Verein ihre Schritte billigen und teilen. Trobden erklärten die Vertreter des Bäckerwerks am anderen Tag dem Präsidenten, daß sie aus der Stadt ausgezogen seien. In einem solchen Vertrag liegt keine Achtung vor dem Verein und keine Anerkennung seiner Wirksamkeit, deshalb konnte der Verein nur seine Mißbilligung darüber kundgeben.“ Soweit der wörtliche Bericht. Er bekundet ein anhergewöhnliches Maß von Verantwortlichkeit und gewerkschaftlicher Grundglaubtreue bei der Leitung des jungen Vereines, die auch den nötigen Mut nach unten aufbrachte. Und Männer mit solchem Charakter wies der Frankfurter Senat aus!

Aus der dritten Versammlung vom 21. Mai ist der Hervorhebung wert, daß der Vorsitzende Effellen wiederum vor Zersplitterung der Kräfte warnte und den Mitgliedern sagte: „Wir wollen den Beschwerden der hiesigen Arbeiterklassen mit den verschiedensten Mitteln unverzüglich abzuhelfen suchen, aber es wird sich die Unmöglichkeit einer gründlichen Lösung und Beseitigung des arbeitenden Volkes herausstellen, solange wir nicht bessere allgemeine Gesetze und politische Einrichtungen haben.“ Zum ersten Male waren Mitglieder des Parlaments erschienen, die Abgeordneten Grambrecht-Lüneburg, Dr. Liebelt-Posen und Dr. Jucho-Frankfurt. Es entspann sich eine Polemik, während der nach dem Blatte „ein Haufen zusammenstehender Leute laut u. drohend rief, sie wollten nichts von Politik wissen, sie wollten sich um ihre Arbeiterverhältnisse kümmern“. Trobden diese Unterbrechung von der Versammlung entkräftet mißbilligt wurde, hieb Jucho später in dieselbe Kerbe. Der Vorsitzende parierte den Versuch, die Tätigkeit des Vereines politisch zu

begrenzen, sehr geschickt und der Vorstoß hatte keinen Erfolg. Nachträglich erhält Jucho in Nr. 4 des Blattes noch eine sehr scharfe Jenzur. Er habe den Arbeiterverein gewarnt, sich von einem deutschen Manqui zur Erstürmung der Paulskirche mißbrauchen zu lassen. Herr Jucho habe den Mut, sein Parlament mit der französischen Nationalversammlung zu vergleichen, deren erste Tat die feierliche Erklärung der demokratischen Einheitsrepublik gewesen sei. Das Frankfurter Parlament dagegen habe in den achtzehn Tagen, während welcher in der Paulskirche „geschwätzt“ werde, noch kein Recht des deutschen Volkes festgestellt, noch keine Freiheit proklamiert und noch keine Polizeivillkür und Soldatenherrschaft abgelehnt. Es verdiene eher mit der französischen Deputiertenkammer der Zeit Louis Philipps, als mit der republikanischen Nationalversammlung verglichen zu werden. Die Frankfurter Arbeiter erwarteten also von Anfang an recht wenig von der Paulskirche. Ihr revolutionäres Temperament war eher mit demjenigen der Pariser verwandt, weil diese anfangs gründlicher durchgriffen. Im übrigen berücksichtigte der Vergleich nicht die größere Reife der politischen Verhältnisse in Frankreich. Und das spätere Schicksal der französischen Nationalversammlung, die einem zweiten Napoleon unterlag, hat sogar manche Ähnlichkeit mit dem früheren Schicksal der Paulskirche.

Die nächste und letzte Versammlung schloß der Frankfurter Arbeiterverein am 4. Juni in Offenbach gehalten zu haben. Die „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ läßt einige Rundgebungen an die Kölner und Wiener Kameraden mit. Die Ausweisung von Pelz und Effellen am 24. Mai führte die Vereinsgeschäfte offenbar ganz wesentlich. Sie wird zwar am Schluß der Nr. 3 zunächst nur lakonisch mit den Worten erwähnt: „Die Ausweisung der beiden Redakteure dieser Zeitung aus Frankfurt hat durchaus keinen störenden Einfluß auf das Erscheinen derselben. Die Expedition der Allgemeinen Arbeiter-Zeitung.“ An der Spitze der nächsten Nummer 4 vom 7. Juni 1848

*) Aus dem in nächster Zeit erscheinenden Band XI des „Archivs für die Geschichte des Sozialismus“, herausgegeben von Prof. Dr. Grünberg, Wien. Der Band wird u. a. enthalten: neue Mitteilungen über Bakunin, die vom Herausgeber den deutschen und österreichischen Untersuchungsstellen entnommen sind; eine Abhandlung von Dr. F. Weill über die russische Arbeiterbewegung; eine Untersuchung von A. Ustin (Helsingfors) über die finnländische Arbeiterbewegung bis zum Weltkrieg; einen Aufsatz von Dr. S. Blum über die historischen Aspekte des Sozialismus; Max Adler, der Bruchwechsel zwischen Viktor Adler und Engels; Erinnerungen an Franz Mehring vom Herausgeber.

VI.

Man mag sich heute von der gemeinwirtschaftlichen Finanzierung wieder ab- und dem privaten Unternehmertum wieder zuwenden, die Abkehr von der Gemeinwirtschaft dürfte aber keine dauernde, sondern nur als eine Atempause zu bewerten sein. Die ökonomische Entwicklung der Privatwirtschaft mündet früher oder später doch in die Gemeinwirtschaft, sie muß in die Gemeinwirtschaft münden, weil diese die höhere, die technisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell höhere Wirtschafts- und Lebensform eines Volkes und der Völkergemeinschaft darstellt. Die Freunde der Gemeinwirtschaft haben alle Veranlassung, den Kopf hochzuhalten und in dem Rückschlag einer Konjunktur keinen Verfall ihres Ideals zu sehen. Dem Gipfel nahe wird stets erbitterter gekämpft werden. Die ablehnende Privatwirtschaft weicht nicht auf den ersten, auch nicht den zweiten Hieb, aber sie weicht und flücht, wie das Alter weichen und sterben muß vor der Jugend. Die ersten Schwerkümpfe der Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau zeigten gute Erfolge. Im Marschieren und Reiten wird sie sich aber noch zu schulen haben.

Inland.

Die Frage der Listenkoppelung bei den Gemeinwahlen bildete auch den Gegenstand der Beratungen der am 15. Juni abgehaltenen erweiterten Sitzung des Parteivorstandes. Die gefassten Beschlüsse hierüber erhalten unsere Vertrauensmänner mit den nötigen Direktiven in den nächsten Tagen zugesandt. — In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß der gestrige Reichsberger „Vorwärts“ in einem Artikel zur Listenkoppelung Stellung nimmt und den Beschluß seiner Partei: „in allen Orten, wo mehrere sozialistische Parteien kandidieren, diesen Parteien die Listenkoppelung anzutragen, als einen Beweis des christlichen und aufrichtigen Willens“ der Kommunisten zur Einheitsfront ausgibt. Wie dieser ehrliche und aufrichtige Wille zur Einheitsfront aussieht, erfährt man aus dem Artikel, der nicht nur die in der Redaktion des „Vorwärts“ heimische Arroganz gegenüber den anderen sozialistischen Parteien zeigt, sondern der auch diese Gelegenheiten benützt, die Sozialdemokraten als Schächer der Kapitalisten hinzustellen und seinen Genossen bei den Wahlen die Taktik der Verteilung der Sozialdemokraten empfiehlt. Vermerkt sei auch, daß der „Vorwärts“ feststellt: „Wir Kommunisten stellen überall unsere eigenen selbständigen Listen auf“, und weiter sagt er: „Aus diesem Grunde bedeutet auch die Listenkoppelung nicht, daß wir auf irgendwelche Bedingungen in bezug auf die Führung des Wahlkampfes eingehen.“ Sehr einladend ist auch folgende Stelle der Äußerungen des „Vorwärts“: „Angesichts alles dessen, was die reformistischen Arbeiterführer, sowohl die deutschen Sozialdemokraten, als auch die Regierungsozialisten den Arbeitern schon alles angetan haben (!), ist es begreiflich, daß manche Genossen einen gewissen Widerstand gegen die Koppelung mit diesen Parteien empfinden.“ Da wagt es noch der „Vorwärts“, zu behaupten, es müsse alles getan werden, „was in unserer Macht liegt“, um die Einheitsfront herbeizuführen! — Soferne die Kommunisten ihr Amt wirklich unserer Partei übermitteln — bei diesem Lügenvolk weiß man doch nie, ob es etwas ernst meint oder ob es sich wieder einmal mit den

Der Ausbruch des Aetna.

Der Stadt Linguaglossa droht das Schicksal Pompejis.

Catania, 20. Juni. Der Lavastrom, den der Aetna auspeit, übertrifft, wie von der Unglücksstelle gemeldet wird, bei weitem an Stärke den Lavaerguß im Jahre 1911. Der Strom wälzt sich in einer Breite von 650 Metern dahin und soll nach den letzten Meldungen nurmehr vierzig Meter von der Stadt Linguaglossa entfernt sein, nachdem er im Laufe des letzten Tages die Strecke von 15 Kilometern zurückgelegt hat. Der Lavastrom hat sich in zwei Arme geteilt, deren einer in der Richtung auf die Ortschaft Pisciaro weiterfließt, während der andere sich gegen Linguaglossa vorschob. Die Ebene von Gierra ist vollständig von Brand und Rauch erfüllt. In der Stadt Linguaglossa kann man vor Hitze kaum mehr atmen. Ununterbrochen fällt seiner Scherengas herab, der Linguaglossa ein ähnliches Schicksal zu bereiten droht, wie einstmal der Aschenregen Pompeji. Durch den Lavastrom sind die Wege und Straßen zwischen den Gemeinden Castiglione, Linguaglossa und Randazzo verschüttet.

Der Lavastrom hat ferner den Bahnhof in Giarra bereits erreicht. Alle Behörden sind zum Schutze der Flüchtlinge mobilisiert worden. Auch ein Flugzeuggeschwader beteiligt sich an der Hilfsaktion, um stets rechtzeitig anzugeben, ob neue Lavaströme herantommen und in welcher Richtung sie fliehen. Die Zahl der aus der bedrohten Zone flüchtenden Bevölkerung wird auf weit mehr als 30.000 Personen geschätzt. In Catania selbst wurden neue Erdbebenstöße signalisiert. Der Papst hat zur Unterstützung der Flüchtlinge 25.000 Lire gesendet.

Rom, 20. Juni. (Tsch. B.-B.) Nach den heute aus dem Aetnagebiet eingehenden Meldungen, ist im Laufe der Nacht Contrada Cazza vom Lavastrom vollständig vernichtet worden. Die Lava bewegt sich mit erhöhter Schnelligkeit und der Strom hat eine Höhe von zwanzig Metern erreicht. Anscheinend ist ein neuer Krater aufgebrochen. Catania ist spurlos verschunden und die Lava bedroht Linguaglossa und Ballarata.

Arbeitern einen Fuz macht — wird darüber der Parteivorstand entscheiden.

Aufklärung ist nötig! Die „Reforma“ bringt mit aller Bestimmtheit die Nachricht, daß die Koalitionsparteien aus der Staatskassa ihren Wahlfonds ein Präsent von 20 Millionen Kronen gemacht hätten. Es würden also auf jede Koalitionspartei vier Millionen Kronen entfallen, mit denen sich in den Wahlen schon etwas machen ließe. Die Koalitionsparteien könnten so sorglos in den Wahlkampf eintreten und das Wahlgeld auf diese sicherlich ungemein praktische Weise korrigieren. Ein amtliches Dementi dieser Nachricht ist unbedingt erforderlich.

Phrasenur Knirsch, der den „Tag“ herausgibt — was allein ihn schon genügend kennzeichnet — und das Kreuz im Schilde führt, hat am letzten Sonntag in Zwickau eine Rede gehalten, in der er dem deutschen Volke ein neues Rezept verschrieb: „aufgeschlossene“ und „geschlossene“ „Volks- und Schicksals- und Rotgemeinschaft“. Die geistig bescheidene Sörner- und Vesperhaft des Herrn Knirsch braucht sich darüber nicht zu kränken, daß sie nicht weiß, was Knirsch darunter versteht: er weiß es nämlich selber nicht und drischt seine Phrasen nur, weil er völlig ideenlos ist und also auch hierin ein würdiger Repräsentant des deutschen Bürgerturns ist, dem zuliebe er auch in Zwickau wiederum die „Versöhnung“ der „jezt noch gegeneinander stehenden Stände“ predigte. Auf gut deutsch heißt das: gegen den Klassenkampf, für den Kapitalismus. Es ist unerfindlich, warum der Knirsch erst von der „Völkergemeinschaft“ faselt, anstatt rund herauszusagen, daß Bürgerturn und Kapital geschützt werden müssen, wie es sich für den Führer der streikbrechenden, von Fabrikanten bezahlten und erhaltenen Partei geziemt.

„Mehr Dichtung als Wahrheit“, so könnten jene tschechischen Blätter, die sich berufsmäßig mit der angeblichen „Unterdrückung“ der tschechischen Minoritäten nicht nur im deutschen Sprachgebiet der Tschechoslowakei, sondern auch in Oesterreich beschäftigen, um die wirkliche Unterdrückung des deutschen Volkes in der Tschecho-

slowakei nach dem bekannten Motto „Haltet den Dieb!“ zu entschuldigen, ihre zu diesem Zwecke geschaffenen Rubriken benennen. Was da alles an Lügen und Verdrehungen zusammengetragen wird, ist einfach unerschöpflich. Die „Narodni demokracie“ zum Beispiel fällt mit dem Bedrückungsmaterial täglich genau drei Spalten auf ihrer dritten Seite — nicht mehr und nicht weniger. Sie hat die Bedrückung eben gut ausgedreht. Die „Narodni Politika“ wiederum sieht das Bedürfnis, jeden Tag eine Notiz über die „Bedrückung“ der Tschechen — pardon, Tschechoslowaken zu bringen, wie aber sind angestanden, jeder solchen Notiz nachzugehen, es fehlt uns hiezu an Lust und vor allem an Zeit. Nur ein Beispiel wollen wir herausgreifen. Am 30. Mai brachte die „Narodni Politika“ eine Meldung, der zufolge der sozialdemokratische Bürgermeister in Jizersdorf an alle Eltern, die ihre Kinder in die tschechische Schule im zehnten Wiener Bezirk schickten, eine Zuschrift sandte, in der mitgeteilt wird, daß sie aufgrund des Erlasses des dortigen Schulrates ihre Kinder unter Nerkerstraße (!) bei der tschechischen Schule abmelden müssen. In Wahrheit verhält sich die Sache folgendermaßen: Im Schulbezirk Jizersdorf meldeben sich aus der öffentlichen Volksschule, Triesterstraße 15, zahlreiche Kinder, 19 Knaben und 14 Mädchen, ab und traten in die Beschäftigungsanstalt des Vereins „Komensky“ in der Triesterstraße 114 über. Diese „Beschäftigungsanstalt“ ist, wie schon ihr Name andeutet, infolge ihrer Einrichtung nicht instande, den Volks- und Bürger-schulunterricht zu erteilen; Kinder, die sie besuchen, genügen also nicht der gesetzlichen Schulpflicht, und erst aufgrund dieser amtlichen Feststellung ordnete der niederösterreichische Landes-Schulrat am 25. April 1923 an, daß die Eltern der betreffenden Schüler, „die derzeit weder eine öffentliche Volks- und Bürger-schule noch eine Privatschule gleicher Art besuchen, sofort zum Besuche der in Betracht kommenden Schule zu verhalten“ seien. Man sieht: die Verfügung der Behörde geht nicht von nationalen oder politischen, sondern von rein pädagogischen Erwägungen aus und sie wäre nicht erfolgt,

wenn die „Beschäftigungsanstalt“ eine „Privatschule“ mit Volksschulcharakter wäre. Was also die „Narodni Politika“ meldet, ist eine ausgewachsene Lüge, der Landes-Schulrat tat bloß seine Pflicht, wenn er darüber wachte, daß den Kindern die ihnen gebührende Ausbildung zuteil werde, die eine „Beschäftigungsanstalt“ nicht bieten kann. Das Märchen mit den angeblichen „Nerkerstrafen“ ist genau so erfunden, der Landes-Schulrat ordnete vielmehr am 6. Juni an, „von Strafmahnahmen (die natürlich in Geld bestünden!) D. Red.) wegen Schulverhinderung gegen die betreffenden Eltern abzugeben“. Das Beispiel ist für die Hegelart der „Narodni Politika“ bezeichnend. Zuerst verdreht sie die Tatsachen in ihr direktes Gegenteil und dann heult sie weitend los. Wir wären froh, wenn unseren Klagen ein ähnlicher Sachverhalt zugrunde läge und wenn auch wir so wenig begründeten Anlaß hätten, ungehalten zu sein.

Der Fall Schleyder. Wir haben gestern über das Vorgehen des Kaschauer Polizeipalastes Klima berichtet, der, nachdem er die Kommunisten niedrigerungen zu glauben meinte, sich gegen die anderen sozialistischen Parteien und ihre Vertrauensleute wendet. Am Kaschauer Eisenbahndirektor Schleyder scheint er sich jedoch die Zähne ausgehissen zu haben, denn seine Maßnahme hatte keine lange Dauer. Bereits vorgestern um 2 Uhr nachmittags wurden von der Kanzlei Schleyders und von dessen Wohnung die amtlichen Siegel auf Befehl der Staatsanwaltschaft wieder abgenommen und der ganze Vorfall ist Gegenstand einer Untersuchung. Die tschechischen Nationalsozialisten haben nun, wie wir erfahren, im Ministerialrat die Forderung gestellt, daß Klima baldigt aus Kaschau abberufen werde. Wie uns auch von anderer Seite mitgeteilt wird, hat die amtliche Untersuchung die völlige Grundlosigkeit der gegen Schleyder erhobenen Beschuldigungen erwiesen. Die tschechischen Nationalsozialisten planen für heute Strafenkundgebungen in Kaschau gegen das Regime Klimas.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der tschechischen Völkerbundliga.

Eine Richtigerstellung der deutschen Völkerbundliga.

Am 25. Februar d. J. haben unter dem Vorsitz des Präsidenten der Union der Völkerbundliga, Baron Th. Adelswärd, Besprechungen der deutschen und der tschechischen Völkerbundliga stattgefunden, um eine gemeinsame Arbeit der beiden Ligen in der Republik und die Aufteilung der Mandate und Stimmen innerhalb der Union der Völkerbundligen zu vereinbaren. Obwohl diese Verhandlungen für vertraulich erklärt wurden, hat der Präsident der tschechischen Liga in der letzten öffentlichen Versammlung dieser Gesellschaft über diese Besprechungen berichtet und zwar in einer Weise, welche nicht den Tatsachen entspricht. Ueber Ersuchen der deutschen Völkerbundliga, die sich noch immer als durch die vereinbarte Geheimhaltung für gebunden erachtete, hat das Generalsekretariat die deutsche Liga ermächtigt, das offizielle Protokoll dieser Verhandlungen zu veröffentlichen. In diesem Protokoll heißt es:

... „Es handelt sich nicht um die Aufnahme der deutschen Liga, deren endgültig-

gehehen muß, um wenigstens die drückendsten Lasten vom Rücken des arbeitenden Volkes zu wälzen“, in folgenden sechs Punkten: „1) vollständige Reorganisation des Unterrichts auf humaner, nicht mehr religiöser Basis und Erziehung auf Staatskosten; 2) vollständige gesetzliche Gleichstellung der Arbeiter und Arbeitgeber auch in bezug auf die Arbeitsverhältnisse, Kündigungstermin usw.; 3) eine nach den Lokalverhältnissen und den Lebensmittelpreisen sich modifizierende und durch ganz Deutschland gesetzlich normierte Bestimmung der größten Arbeitszeit und des geringsten Lohnes. Die bescheidenen Wünsche der Arbeiter, welche die Arbeitszeit auf 11 bis 12 Stunden festgesetzt wissen wollen und in bezug auf die Bestimmung des Lohnes auch mit geringen Verbesserungen zufrieden sind, müssen in jeder Weise und augenblicklich erfüllt werden; 4) die Volksbewaffnung muß auch auf das arbeitende Volk ausgedehnt werden. Bisher hat man fast überall nur die Bourgeoisie bewaffnet und deshalb nur der Reaktion in die Hände gearbeitet; 5) Einkommen- und Erbschaftsteuern, welche in geometrischer, nicht in arithmetischer Progression ansteigen, wodurch besonders die großen Kapitale stark belastet und für die Dauer unmöglich gemacht werden sollen; 6) Schutz der Arbeiter vor jeder Polizeivillkür und Ausnahmemaßregel. Allgemeines freies Staatsbürgerrecht für sie, wie für alle Deutsche.“

So klein die geschichtliche Episode ist, die hier auf Grund einer neu entdeckten Quelle aufgestellt werden konnte, so groß will uns ihre Bedeutung für die Beurteilung der Entwicklungs-geschichte der sozialen Bewegung in Deutschland erscheinen. Man erkennt jetzt, daß auch schon am Beginn der Volksbewegung von 1848 Arbeiterbestrebungen mit durchaus klaren und nützlichsten demokratisch sozialen Zielen vorhanden waren, deren Realisierbarkeit sich im Laufe der Geschichte durchaus erwiesen hat.

Arbeitszeit und Kündigung. Vielleicht hätte die Erwähnung dieser „Mittel“ umgekehrt dem Verlangen der Arbeiter eine gewinnende Begrenzung gegeben, die ihr in der allgemeinen Fassung fehlt. Nun ist ohne Zweifel folgende Begründung:

„In Norddeutschland haben viele unserer Brüder sich gegen die Bedeutung des Parlaments erklärt, weil nach dem Doppelwahlsystem die unverfälschte Stimme des Volks sich beim Wahlakt nicht habe ausdrücken können. Wenn das hohe Parlament sich entschieden und entschlossen auf die Seite des arbeitenden Volkes stellt und wenigstens die allgemeinen und wesentlichsten Forderungen der Gerechtigkeit erfüllt, wird auch gewiß dieser Teil unseres deutschen Arbeitervolkes mit Anerkennung und Vertrauen zu Ihrer Versammlung hinausblicken.“

Leider scheint aber die Ausweisung der beiden Arbeiterredakteure den Zweck der Einschüchterung der frankfurter Arbeiter nur zu gut erreicht zu haben. Man merkt ganz deutlich am Inhalt der beiden letzten Nummern der Arbeiter-Zeitung, wie das Vorklein der noch schwachen Organisation unter dem scharfen Polizeiwind bedenklich flackert und vor dem baldigen Erlöschen steht. Man kann sich denken, daß der Druck der Meister und Prinzipale auf ihre Gesellen und Angehörigen nach der Ausweisung nicht gering war. Außerdem war der Boden gerade einer Handhabung nicht sehr günstig für das Gedeihen einer frühzeitig selbständigen Arbeiterbewegung. Die Handwerksangehörigen, die ziffermäßig eine Rolle zu spielen begannen, erwiesen sich der sozialen Bekämpfung und Organisation sehr unzugänglich. Im Leitartikel der Nummer 5 der ersten frankfurter Arbeiter-Zeitung wird als Schwankend eine Klage über den Mangel an Teilnahme des Kaufmannstandes bei Arbeitervereinen“ angestimmt. Unter Konsumenten habe sich ein aristokratisches Abschließen von dem Handwerkerstand eingeschlichen, so daß in der Regel ein Kaufherr auf den Handwerksmeister nicht minder herabschauen zu müssen glaube, wie der Handwerksdiener auf den Hand-

werksdiener. In welchen wirtschaftlichen Verhältnissen diese Erscheinung begründet ist, wird noch nicht untersucht. Dagegen wird die Zuschrift eines Frankfurter Handlungsdieners mitgeteilt, die davon ausgeht, daß die Kommis mit wenigen Ausnahmen „die verhältnismäßig schlechtest bezahlten Arbeiter seien“, und daß sie „hinsichtlich ihrer subjektiven Freiheit und der Anerkennung ihrer Tätigkeit größtenteils gegen den gewöhnlichen Tagelöhner im Nachteil sind“. Der Gründung eines Vereins von Handlungsdienern, für die der Arbeiterklub ganz entschieden entgegen. Ein solcher Berufsverein werde kaum in stande sein, „so durchgreifende Schritte... in Hinblick auf die Lage vieler Handlungsdienstleister zu tun, als ein allgemeiner, über ganz Deutschland verbreiteter Arbeiterverein“. Wie bekannt, haben nicht bloß in Frankfurt, sondern in ganz Deutschland die Handlungsgestellten bis in die neuere Zeit dem gewerkschaftlichen und sozialistischen Gedanken sehr teilnahmslos gegenübergestanden. Erst die Entstehung großer kapitalistischer Betriebe auch im Handel und für Deutschland schließlich der Umschwung von 1918 hat ihre größeren Staudesorganisationen in die allgemeine Arbeiterbewegung hineingezogen. Aber der Prozeß der sozialen Angleichung zwischen Arbeitern und Angestellten ist heute noch nicht vollendet; geschweige denn, daß er in Frankfurt von 1848 schon hätte irgendwelche Wirkung äußern können.

Die Verlegung des Wohnsitzes der beiden Redakteure und des Druckortes nach Hanau tat anscheinend das übrige dazu, den viel verheißenen frankfurter Anfang zu gefährden. Ein nicht über Abschied des Redakteurs Effelsen ist das politische Glaubensbekenntnis, das er im Schlußartikel der letzten Nummer ablegt. Der Arbeiterverein hatte ihn als Kandidaten für eine nachträgliche Parlamentswahl aufgestellt, von der noch festzustellen wäre, ob sie überhaupt zustande kam. Der Arbeiterkandidat formuliert jedenfalls „das Notwendigste, was jetzt augenblicklich

Ausland.

Der Verfall der englischen Liberalen.

Zeit langem schweben zwischen den beiden Flügeln der englischen liberalen Partei, den „Unabhängigen“ unter Asquiths, und den Koalitionsliberalen unter Lloyd Georges Führung Verhandlungen, die auf eine Vereinigung der beiden Gruppen hinführen; denn getrennt, wie sie jetzt marschieren, müssen sie zwischen den beiden Mächtigsten „Konservativen“ und „Sozialisten“ noch rascher und zwangsläufiger zerrieben werden. Nun endlich hat in Buxton eine gemeinsame Konferenz getagt, aber ihr Ergebnis war kläglich. Die persönlichen Gegensätze zwischen den Führern überwiegen alles andere, die Idee des Liberalismus ist eben von innenher zerfallen, in denen es überwiegt, dem Sozialismus entgegen, wo wieder das bürgerliche Massenbewußtsein den Ausschlag gibt, fühlt man sich zum betont Bürgerlichen, dem Konservativismus hingezogen, für die alten Liberalen ist in dieser Welt des bewußt gewordenen Massenkampfes kein Raum mehr — weder in England, noch anderswo, wofür ja auch die Entwicklung unserer Deutsch-Bürgerlichen deutlich Zeugnis ablegt —: die Enkel der frankfurter Deputierten schwören zum Hakenkreuz. So hat denn der Epilog unseres Bruderblattes „Daily Herald“ zum Tage von Buxton allgemeine Bedeutung: „Tag für Tag erkennen mehr Leute, die sich bisher liberal nannten, daß ihr Platz in den Reihen der Arbeiterpartei ist. Ein Zug geht auch zu den Konservativen. Denn freilich, wohin gehört so ein „durch und durch Satter“ als in den Tories (Konservativen)? Aber alles, was am Liberalismus edel und kraftvoll war, findet rasch den Weg zu uns.“

Hungerende und landwirtschaftliche Erneuerung in Rußland.

Ueber die Lage in den Hungerbezirken meldet die „Zvestija“: Der durch die Missernte hervorgerufene Mangel an Getreide hat sich im Jahre 1921 gegenüber dem Jahre 1920 um 18 Millionen Desjatinen gegenüber dem Jahre 1921 ist gegenwärtig nicht nur überwunden, die Saatfläche hat sich sogar um 45 Prozent vergrößert. Die endgültige Beseitigung der Folgen der Hungersnot hängt von dem Ausfall der Ernte ab, deren Aussichten im großen und ganzen befriedigend sind und im Durchschnitt mit der Note 2,5 bezeichnet werden können. In einzelnen Hungerbezirken verzehrt die Bevölkerung die Reste der Vorräte. Bis zum Eintreten der Ernte wird die staatliche und öffentliche Aktion fortgesetzt werden. In vorigen Jahre zählte man vor der Ernte 18 Millionen Hungernde, in diesem Jahre fünf Millionen Unterernährte.

Der Agentur „Rosta“ zufolge wird es sogar nach den vorläufigen Berechnungen der zuständigen statistischen Behörden heuer möglich sein, mindestens zweieinhalb Millionen Getreide aus Rußland zu exportieren.

Vom Volkskommissar für Landwirtschaft wurde ein Plan für die Erneuerung der Landwirtschaft in Rußland ausgearbeitet. Das Projekt setzt die Freiheit der privatwirtschaftlichen Unternehmungen und des kleinen Landwirtes, den freien Markt, die Schaffung eines Exportfonds für die Festigung des Gleichgewichtes im Außenhandel, die Gründung einer Rohprodukt- und Lebensmittelbasis sowie andere Maßnahmen voraus. In dem Plan wird auch stark mit dem Genossenschaftswesen gerechnet. Die Verwendung fremden Kapitals bei Erneuerung der Landwirtschaft wird vom Kommissariat nicht befürwortet, weil es dessen Verwendung in der Landwirtschaft nur in seltenen Fällen für möglich hält. Um dem Mangel an landwirtschaftlichem Inventar bei den kleinen Landwirten zu steuern, beschloß das Volkskommissariat, den Kleinbauern staatliche Vorräte zu einem um 50 Prozent ermäßigten Preise zu gewähren. All diese Berichte und Pläne lassen hoffen, daß das Hungergespenst für diesmal aus Rußland vertrieben ist und daß die Bevölkerung einer Besserung der Lebenshaltung entgegensehen darf.

Erhöhte Tätigkeit der „Erwachenden Ungarn.“ Die getriggerte Meldung, daß Dejas und Pronay die Führung der ungarischen Mörderbande offiziell übernommen haben und der Rücktritt eines älteren Führers der Erwachenden, Gömbös, aus einer leitenden parlamentarischen Stellung weisen darauf hin, daß die Gesellen einen Frontwechsel planen. Erstens einmal scheint es gegen Beihlen gehen zu sollen, der die allzu kompromittierenden Gewalttäter etwas von sich sorgeschoben hat, und dann sollen die Methoden der Gewalt wieder energischer zur Anwendung kommen, das Kastriernesser wird, wenn es nach den Wünschen der Herrschaften geht, wieder zu einem Instrument der Politik aufrücken. Wenigstens erklärte bei der Generalversammlung des Bundes, die sich die fürchterlichsten Muthunde zu Führern erkor, deren intimer Freund Kadar: „Wir wollen handeln und wir werden eine triumphierende Offensive ergreifen. Wir wollen weder Ohrfeigen austeilen, noch den Knüppel gebrauchen, sondern mit den Waffen kämpfen. Drohungen seitens der Regierung fürchten wir nicht. Wir wollen kämpfen und Pronay und Hejas werden diesen Kampf leiten. Solange, bis wir unser Ziel erreicht haben, werden wir kämpfen, aber nicht mit Mattengift, sondern mit der Kraft der großen Masse.“

Das passen die Meldungen aus Budapest, daß wieder einmal ein legitimistischer Putz vorbereitet wird. Wenigstens erzählt der „Pesti Hírlap“, daß die Polizei schon seit zwei Tagen einem legitimistischen Putz nachforscht. Mehrere Personen, die beschuldigt werden, die Regierung gewalttätig stürzen zu wollen, sind verhaftet worden. Einige von ihnen machten belastende Aussagen gegen den Führer der ungarischen Faschisten Sabady, gegen mehrere führende Mitglieder der Friedrichspartei und gegen mehrere ehemalige höhere Polizeibeamte. Die verhafteten 14 jungen Leute seien zumeist auch an verschiedenen Gewalttaten der letzten Jahre beteiligt gewesen, auch Dejas und Pronay seien arg kompromittiert, die Erwachsenen in ihrer Gesamtheit mobilisiert. Die „Ordnungsgarde“ Wehlers bedroht also, wie es in ihrem Wesen liegt, selbst die notdürftige Ordnung des christlich-nationalen Regiments, durch Blut und Terror vermag sich über kurz oder lang keinerlei Staatssystem zu halten. Die Geister, die es gerufen hat, reichen es mit Naturnotwendigkeit selbst in den Abgrund.

Sozialdemokratische Obstruktion in Oesterreich.

Wien, 20. Juni. (Tsch. P. B.) In Verhandlung des Abschnittes „Soziale Verwaltung des Staatshaushaltes“ im Nationalrat haben die Sozialdemokraten ihre Drohung verwirklicht und mit der Obstruktion eingesetzt, um die Regierung zu Jugendsünden für die Arbeitslosen zu zwingen. Die Obstruktion wird durch Dauerreden in ruhiger Weise geübt. Auch im Ausschuss obstruieren die Sozialdemokraten wegen des Väterschutzes. Der strittige Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung wird morgen von der Regierung im Hause eingebracht werden. Die Vorlage sieht die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung bis 30. November vor, weiters eine Ermächtigung des Bundeskanzlers betreffend die Verlängerung bis Ende des Jahres. Der christlichsoziale Abg. Risch hat einen Kompromißvorschlag in dieser Frage angearbeitet, der den Wünschen der Sozialdemokraten entgegenkommen soll. Nach dem Kompromiß wird eine neue Lohnklasse geschaffen werden, die eine Arbeitslosenunterstützung von wöchentlich 100.000 Kö vorzieht. Die erhöhte Beitragleistung wird dadurch aufgehoben, daß die Beitragsleistung der Unternehmer und der Arbeiter um je 4,5 Prozent und die der Gemeinden um 1 Prozent erhöht wird. Durch diese 10 Prozent ist es möglich, die erhöhte Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, ohne daß der Bund belastet wird.

Die Bissen als Helfer Poincarés.

Paris, 19. Juni. (Havas.) In seiner Antwort auf das Ersuchen um Herabsetzung des Kredites für die französische Botschaft beim Vatikan erklärte Poincaré im Senate, daß die Regierung ihr ganzes Ansehen dafür einsetze, daß der Kredit ohne Streichungen beibehalten würde. Zahlreiche Staaten, die kein Kontordat abgeschlossen haben, seien wegen der Wichtigkeit politischer Informationen und Aktionen beim Vatikan vertreten. Seit der Zeit, wo die französische Botschaft beim Vatikan wieder errichtet wurde, erhielt die französische Regierung die Unterstützung des Vatikan bei den Verhandlungen mit Spanien, bei der Abberufung des Mgare. Vertram aus Oberschlesien, der für die Deutschen Partei ergrieff, sowie bei der Ernennung des Bischofs Reymond zum Militärfeldscher der Armee im Rheinland, der in bedeutendem Maße zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter beitrug. Mgare Reymond überzeugte den päpstlichen Legaten im Rhurgebiet von den ungeheuerlichen deutschen Lügen. Der Senat lehnte denn auch mit 170 gegen 117 Stimmen eine Herabsetzung des Kredites ab.

Tages-Neuigkeiten. Brüder.

Brüder, in der großen Runde, Brüder, in dem Weltensraum, seht, es wächst aus unserm Grunde Stammrot ein Freiheitbaum.

Nicht aus betendem Verzichten stand er auf aus untrer Nacht. Rein, aus Härte und Gerichten leuchtet er in seiner Pracht.

Ist auch Liebe seine Krone, die die Erde überloht, Härte schlug uns aus dem Frons, untrer Nacht aus untrer Not.

Geist und Hirn und unser Wille sind die Wurzel und der Saft, und der Segen und die Fülle unsrer Arbeit, unsrer Kraft.

Jeder ist ein Teil vom Stamme, der sich über Welten zweigt. Alle aber sind die Flamme, der sich jeder Wille neigt.

Prager Rathswirtschaft. Die jetzt bekannt wird, konnte in Prag die Bervielfältigung der Wählerlisten deshalb nicht bis zu dem gesetzlichen Termine durchgeführt werden, weil sich mit dieser Arbeit nur zwei Schreibmaschinenfräulein während ihrer Ueberstunden beschäftigten. Erst die Angriffe und Proteste der Zeitungen und Parteien haben hier Wandel geschaffen, so daß jetzt alle verfügbaren Be-

amten des Präsidiums Tag und Nacht mit der Bervielfältigung beschäftigt sind. Es fragt sich nur, ob dieser plötzlich und reichlich spät gekommene Eifer überhaupt noch viel Wert hat und ob er nicht bloß eine Augenaußwecherei darstellt.

Was sollen sie tun? Unter diesem Titel schreibt die Tsch. P. B.: Zwei junge Arbeiter, die zurzeit der allgemeinen Affentierungen krank waren und sich deshalb damals nicht mit den anderen Musterungspflichtigen zur Prüfung auf die Eignung zum Dienste für das geliebte neue Vaterland drängen konnten, müssen nun zur Nachaffentierung gehen. Daß sie gehen, kann nicht gut verlangt werden, denn die Nachaffentierung ist in Komotau, sie aber wohnen im Bezirk Teplitz. Das Fahrgeid haben sie nicht, denn sie sind seit vielen Monaten arbeitslos. Aber ihre Pflicht wollen sie erfüllen. Also gingen sie zur politischen Bezirksverwaltung, zu fragen, was sie tun sollen. Ob ihnen vielleicht freie Fahrt gewährt werden könnte. Nein, das nicht, denn der Staat hat kein Geld. Die Bezirkshauptmannschaft hat ganz bestimmt keines. Die beiden Arbeiter sollen sich einstweilen das Geld ausborgen. Wenn sie wieder Arbeit gefunden haben werden, könnten sie es ja zurückzahlen. — Aber dieser gute Rat nützt den Leuten nichts. Arbeitslose werden sich vergeblich bemühen, von anderen Arbeitslosen Geld geborgt zu bekommen. Sie können also nicht zur Nachaffentierung fahren. Wenn sie aber nicht vor der Kommission erscheinen, werden sie bestraft. Und zur Affentkommission werden sie von Gendarmen geführt werden. Dann muß der Staat auch noch die Fahrkosten für zwei begleitende Gendarmen bezahlen. Um sie ihm zu ersparen, werden die beiden Leute nun noch bei der Gendarmerie fragen, was sie tun sollen. Die Antwort wird wahrscheinlich die gleiche sein, wie die bei der politischen Bezirksverwaltung empfangene: Geld haben wir nicht, die Fahrt wird auch nicht gezahlt, aber zur Affentierung müßt ihr!!

Die Bevölkerung der österreichischen Bundesländer. Aus Wien wird gemeldet: Nach einer Aufstellung der Bevölkerung nach Einwohnern und Bundesbürgern, die allerdings noch einer Nachprüfung unterzogen, aber kaum noch größere Korrekturen erfahren wird, ergeben sich für die einzelnen Bundesländer in Oesterreich folgende Zahlen: Wien: Gesamtbevölkerung 1.865.110 (hievon Bundesbürger 1.659.240; Niederösterreich 1.479.284 (1.114.275); Oberösterreich 873.748 (855.804); Salzburg 222.752 (215.962); Steiermark 979.952 (939.655); Kärnten 370.432 (358.758); Tirol 313.797 (300.141); Vorarlberg 139.959 (130.461); Burgenland 290.351 (283.850); Gesamtösterreich hat demnach 6.535.385 Einwohner, hievon 6.158.146 Bundesbürger. — Bei der letzten Volkszählung am 30. Jänner 1920 wurden 6.057.617 Personen gezählt, wovon 5.616.318 österreichische Staatsangehörige waren. Damals gehörte das Burgenland noch nicht zu Oesterreich. Außer der durch die Bevölkerung des Burgenlandes gegebenen Vermehrung ist somit nach der jetzigen Volkszählung eine Erhöhung der Bevölkerungsziffer um rund 250.000 Menschen erfolgt.

Beitraglichkeit. In der Gemeinde Malin bei Autzenberg starb ein unbekannter Mann, der bereits seit einigen Tagen auf den Feldern bei der Ortschaft gesehen wurde, wie er sich dort auf einer Heulappe ein Lager zurrichtete. Der Bisher der Heulappe vertrieb aber den Mann von seinem Felde, obwohl er sah, daß dieser vor Schwäche kaum mehr gehen konnte. Die Dorfbewohner ließen jedoch keinen Arzt holen und brachten den Mann auch nicht ins Krankenhaus, so daß er auf einem Felde elend zugrunde ging. Seine Leiche sollte in das Feuerwirthshaus gelegt werden — der Verein erlaubte es nicht. So ließ man die Leiche auf dem Friedhof unbedeckt liegen, obwohl es am nächsten Tage in Strömen regnete, und begrub sie dann an der Straße. Zu bemerken ist noch, daß der Würgermeister von Malin ein freireicher Agrarier ist.

Die Mandate der Abgeordneten Dr. Urbensky und Sacran. Die Verhandlungen über die Mandate dieser beiden Abgeordneten finden am 23. und 24. d. vor dem Wahlgericht im Gebäude des Obersten Verwaltungsgerichtshofes in Prag statt.

Errichtung einer Radiostation bei Kaschau. In der Nähe von Kaschau wird eine Radiostation mit einem Radius von 2500 Kilometern errichtet werden. Die Antennen, die 108 Meter hoch sind, werden in den nächsten Tagen aufgestellt werden. Die Baukosten der Station betragen eine Million Kronen.

Verstärkte Kontrolle von Fleisch- und Sechswaren. Die politischen Behörden erster Instanz haben bezüglich der Kontrolle von Fleisch- und Sechswaren eine Rundmachung erlassen, in welcher angeordnet wird: Zum hinteren Fleisch darf die Zugwage höchstens 25 Prozent, zum mittleren höchstens 15 bis 25 Prozent und zu den übrigen Fleischsorten nicht mehr als fünf Prozent betragen. Vorderes Fleisch wird ohne Zugwage verkauft, falls aber das gefaufte Fleisch ohne Knochen ist, ist eine Zugwage von fünf Prozent erlaubt. Weiter wurde angeordnet, daß zum Fleisch nicht Knochen anderer Tiere als Zugwage gegeben werden dürfen, also zum Beispiel zum Rindfleisch nicht Kalbsknochen, außer wenn es der Käufer selbst verlangt. Um die Käufer davor zu schützen, daß man minderes Fleisch als Fleisch besserer Kategorie verkauft, wurde den Verwaltungen der Schlachthäuser aufgetragen, Rind- und Kalbfleisch bei der Beschäftigung in den Schlachthäusern mit einer Marke zu versehen, und zwar Fleisch erster Güte mit blauer Marke, zweiter Qualität mit roter und dritter Qualität mit der Marke „Hlebano“ (untersucht). Die Fleischhauer sind verpflichtet, einen Ausweis-Bettel zu befüllen, welcher von der Verwaltung des Zentralfleischhauses aufgestellt ist, in welchem die Zeit des Kaufes, die Menge und die Qua-

Amerika für den Alkohol gerettet!

Washington, 19. Juni. (Tsch. P. B.) Staatssekretar Mellon hat den Beamten des hygienischen Departements eine Anweisung erteilt, nach der den ausländischen Schiffen, die nach den Vereinigten Staaten kommen, die Einfuhr genügender Mengen medizinischer Alkohole gestattet werden soll. In Washington wird allgemein angenommen, daß dadurch die Alkoholkonsumtion der ausländischen Schiffe künftig als medizinische gelten werden.

ität des gefausten Fleisches ersichtlich ist. Das ge-
kaufte Fleisch muß ohne Zugabe gewogen werden
und wird die Zugabe erst dann nach dem reinen Ge-
wicht bemessen. Was die Schwarzwaren anbe-
langt, so werden sie unter eine regelmäßige Kontrolle
gestellt. Zusätze von Stärke in die Schwarzwaren (Se-
berwurft ausgenommen) unterliegt der Deklaration
und muß in Geschäften, wo solche Waren verkauft
werden, den Käufern ersichtlich gemacht werden. Die
Wassermenge darf in Schwarzwaren 55 Prozent nicht
übersteigen. Ueberschreitungen dieser Anordnungen
unterliegen Strafen.

Ein Verfall der Budapest Polizei. Wie
aus Wien gemeldet wird, ist die Budapest
Polizei einem für sie arbeitenden Spigel namens
Eugen Kopinics aufgelesen und hat auf
diese Weise 140 Millionen Kronen verloren.
Kopinics, der nach der Revolution bei der Szegediner
Gegensregierung Dienst genommen hatte,
war Leutnant in der ungarischen Nationalarmee
geworden und trat schließlich nachdem er Mit-
glied eines der berüchtigten Detachements gewe-
sen, in den Dienst der Budapest Polizei, die
ihn gegen hohe Bezahlung als Valutaspieler
benützte. Am Freitag teilte nun Kopinics der
Budapester Polizei mit, daß in Budapest mittels
Flugzeug ein Mann eingelangt ist, der 500.000
tschechische Kronen mitgebracht habe. Dieses Geld
wolle der Mann in Budapest umwechseln. Die
Polizei veranlaßte nun Kopinics, sich mit diesem
Mann einzulassen. Am Samstag erschien
Kopinics bei der Polizei und erklärte, daß er
140 Millionen Kronen brauche, um dem Manne
die 500.000 Kronen herauszulösen. Kopinics
bekam das Geld und fuhr mit sechs Geheim-
polizisten zur Kreditbank, wo der Valutaspieler
gefaßt werden sollte. Kopinics befohl den
Geheimpolizisten, vor einem Zimmer zu warten,
bis er das Geld umgetauscht haben würde. Die
Polizisten warteten nun solange, bis sie erfuhren,
daß Kopinics mit den 140 Millionen die Kredit-
bank durch einen andern Ausgang längst ver-
lassen hatte und sich bereits auf dem Wege nach
Rumänien befinde. Der Mann mit den 500.000
Kronen war nur eine Erfindung Kopinics
gewesen.

Millionenveruntreuung bei der Kaschau Eisen-
bahngesellschaft. Bei einer Revision der Eisen-
bahngesellschaft in Kaschau wurde dieser Tage
ein Abgang von achteinhalb Millionen Kronen fest-
gestellt. Die Polizei verhaftete die Beamten Schott
und Dobinski als der Veruntreuung dringend
verdächtig. In diese Affäre soll noch eine ganze
Reihe von Personen verwickelt sein.

Die „Naturfreunde“ von der Benützung der Al-
penhütten ausgeschlossen. Aus Wien wird uns ge-
meldet: Die bürgerlichen Touristenvereine haben be-
schlossen, den Arbeiter-Touristenverein „Die Natur-
freunde“ von der Hüttenbenützung auszuschließen.
Die „Naturfreunde“ haben einen Aufruf erlassen, in
dem die Arbeiter aufgefordert wurden, aus den bür-
gerlichen Touristenvereinen auszutreten, um zu
zeigen, daß die Arbeiter auch allein imstande sind, einen
Touristenbetrieb aufrechtzuerhalten, zumal „Die Na-
turfreunde“ bereits 154 eigene Schutzhütten und 1300
Ortsgruppen in Oesterreich besitzen.

Ein neuer Kanalisationsplan für Prag. In den
nächsten fünf Jahren (1924 bis 1928) wird nach den
Vorschlägen des städtischen Bauamtes in Prag ein
neuer Kanalisationsplan für Prag durchgeführt
werden, der einen Aufwand von 123.850.000 K er-
fordern wird.

Landwirtschaftliche Kurse für die Soldaten deut-
scher Nationalität. Das Militärkommando von Groß-
Prag hat angeordnet, daß vom 26. 5. M. angefan-
gen der Unterricht in den landwirtschaftlichen Kur-
sen für die deutschen Soldaten der Prager Garnison
wieder aufgenommen werden. Unterrichtsstunden,
wie bisher, regelmäßig am Montag, Mittwoch und
Freitag von 6 bis 8 Uhr. Nach der Theorie werden
praktische Übungen durchgeführt werden.

Eine Lichtstraße für Flieger. Aus New York
wird berichtet: Im Juli wird der direkte Flug-
postverkehr von New York nach San Francisco
eröffnet, der die Postzeit vom Atlantik zum Pazifik
auf 28 Stunden herabdrücken wird. Sie ist gegen-
wärtig per Bahn etwa 90 Stunden. Der Flieger
steigt jeden Tag zur Mittagstunde auf und kommt
in Chicago bei Sonnenuntergang an. Dann hat er
neun Stunden Dunkelheit vor sich, er langt in Chey-
enne (Wyoming) bei Tagesanbruch an. Zwischen Chi-
cago und Cheyenne hat die Postbehörde nun eine re-
gelrechte Lichtstraße herstellen lassen, so daß der Flie-
ger sicher sein kann, nicht vom Wege abzurufen. Es
werden in Abständen von je 25 Meilen Leuchttürme
gebaut, die 30 Meilen weit gesehen werden können.
Dazwischen werden aber alle drei Meilen kleinere
Leuchter unterhalten, so daß der Luftpostkoffer, der
7000 Fuß hoch fliegt, einen sich auf Meilen und
Meilen erstreckenden Lichtstreifen sieht, dem er fol-
gen kann. Bei unsichtigem Wetter wird er niedriger
fliegen; auf jeden Fall ist Fürsorge getroffen, daß er
sich nicht irren kann, denn die Leuchttürme geben,
wie die am Meere, Blink- und farbige Lichtsignale.
Der Postflugverkehr nach Chicago und anderen
Städten ist schon sehr entwickelt, und letztes Jahr
wurden zwei Millionen Meilen ohne einen ernstlichen
Unfall zurückgelegt.

Das nasse Wetter und die Ernte in Deutschland.
In einer Wettermeldung der „Bosnischen Zeitung“
heißt es: Bis jetzt ist durch die nasse Witterung ein
bestimmendes, teilweise äppiges Wachstum hervor-
gerufen worden. Dies trifft besonders für trocken,
höher gelegene Stellen zu. Wenn die Witterung jetzt
umschlägt, haben wir eine Ernte zu erwarten, die
vielleicht noch besser ist als die des Vorjahres. Bei
fortdauernd nasser Witterung wird jedoch mit einer
vollständigen Mißernte zu rechnen sein. Aus Pader-
born, Braunschweig und Freiburg wird zunehmende
Aufheiterung des Wetters gemeldet. Aus Koburg
und München liegen jedoch Meldungen vor, die von
föhler Temperatur und reichlichem Regen berichten.

Noch laufende Kriegsgefangene in Sibirien?
Wie der seit neun Jahren vermisste Karl Dent aus
Sakhalan, der erst dieser Tage aus Sibirien
heimgekehrt ist, mitteilt, befinden sich derzeit noch
Tausende von ehemaligen Kriegsgefangenen in Si-
birien, die zum Teil dort verheiratet und sich eine
Existenz geschaffen haben, zum Teil mangels jeglicher
Mittel die Rückkehr nicht antreten können.

Ein rätselhafter Kindesmord. In Vilov im
Bezirk Königsdorf hat die 15jährige Magd Anna
Brazak, die bei dem Heger Baukisch bedienstet war,
in einem unbewachten Augenblick das Kind des He-
gers aus dem Kinderwagen gerissen und in einen
Brunnen geworfen. Das Verbrechen wurde erst durch
den am Abend heimkehrenden Heger entdeckt, der auf
dem Brunnenrande etwas Weißes schimmern sah
und das Kind im Kinderwagen nicht mehr vorfand.
Die Magd war inzwischen davongelaufen, wurde aber
am zweiten Tage von Gendarmen ergriffen. Sie
gestand, das Kind getötet zu haben. Ueber den Ver-
weggrund der Tat verweigert sie jede Auskunft.

Eine Verzweiflungstat. Dieser Tag: wurden
auf dem „Amalia IV“ Schächte bei Schwaz 36
Arbeiter wegen Betriebsunleistung geanklagt. Einer
der Geanklagten stellte in seiner Erregung den Ober-
steiger Weiß zur Rede und schlug ihn mit einem
Ärmel nieder. Weiß fürzte 60 Meter tief in einen
Tagbau hinab und blieb schwer verletzt liegen. Der
Arbeiter wurde dem Gerichte eingeliefert.

Ein Raubmord bei Telnitz. Hinter dem Bahn-
hofe der Kuffiger Kleinbahn in Telnitz wurde
die nur mit der Unterwäsche bekleidete Leiche eines
Mannes gefunden. Das Gesicht des Toten, der einen
Kopfschlag aufweist, war mit Blut besudelt. Es liegt
zweifellos ein Raubmord vor.

Kindesmord. Montag vormittags wurde aus
dem nach 9 Uhr in Prag eintreffenden Schnellzuge
aus Wesseln ein neugeborenes Kind geworfen. Die
Täterin konnte bisher trotz eifriger Nachforschung
nicht ermittelt werden.

Von einem Auto überfahren und tödlich verletzt.
Der neunjährige Schüler Josef Kowensky aus
Prag-Bantrac wurde gestern nachmittags von einem
Militärauto in der Venusstraße in Bantrac nieder-
geworfen und erlitt schwere Verletzungen, denen er
auf dem Transporte ins Krankenhaus erlag. Der
Lenker des Autos wurde verhaftet.

Im Wasserbassin durch Starkstrom getötet. Ge-
stern nachmittags wurde im Wasserbassin der Zen-
tralheizung im Wilsonbahnhof in Prag der Eisen-
bahnarbeiter Ladislaus Setnicka aus Branik, der
im Bassin badete, tot aufgefunden. Die Untersuchung
ergab, daß Setnicka durch Starkstrom getötet wurde,
der am Bassin vorübergeleitet wird.

Die Reutelegung der Straßenbahnlinien in
Prag ist nun eine endgültige und wurde folgender-
maßen durchgeführt: Straße 1: Wrfchowitz-Pohofe-
let. 2. Weinberge (Flora)-Karlspfad-Ressig-
Nationaltheater-Bubeneß-Selvedere-Masarykai-
Flora. 3. Mischl-Holefchowitz (Elektrizitätswerk)-
Baumgarten. 4. Russe-Holefchowitz. 5. Wjfo-
fchichan-Smichow (Westbahnhof). 6. Podol-Dworek-
Karlspfad-Bodilekagasse-Holefchowitz. 7. Zikow-
Wilsonbahnhof-Brüdel-Nationaltheater-Kreuz-
herzengasse-Kleinseitner Ring-Nationaltheater-
Wollgasse. 8. Kinderspital-Jaiorn. 9. Zikow-Pl-
verturm-Nationaltheater-Smichow. 10. Str. Schny-
Wenzelsplatz-Mlarov-Převorow. 11. Armato-
rium-Sikofchowitz. 12. Cervena jabrada-Urania.
13. Zikow-Remise-Smichow. 14. Kobylis-Rokf.
15. Wjfofchichan, S.-M. Maschinbauanstalt-Ma-
sarykai-Ressigagasse-Koukla. 16. Weinberge-Flora-
Gertengasse-Ressigagasse-Smichower Bahnhof. 17.
Baumgarten-Graben-Branik. 18. Russe-Karlsp-
fad-Holefchowitz. 19. Russe-Riegarai-Museum-
Karolinental-Lieben (Lubskal). 20. Wrfchowitz-
Gertengasse-Nationaltheater-Ujez-Mlarov-Ma-
nesbriide-Nationaltheater.

Die Heilkraft des Obstes. Bei chronischen
Krankheitszuständen hat es sich erwiesen, daß von
den Obstsorten große Heilkraft zukommt. Die
Früchte geben dem Körper in leichtlöslicher Form ein
ausgezeichnetes Ernährungsmittel für verbrauchte Muskel-
energie; es ist erstaunlich, zu beobachten, welche kräf-
tigende Wirkung gewisse Obstsorten auf die Muskulatur
eines erschöpften Körpers haben. Kuhromm
trägt das Obst zur Bildung des erforderlichen Ma-
genensaftes bei; die Verdauung anderer Nahrungsmittel
wird dadurch erleichtert, und nebenbei wirkt die
Fruchtsäure tödlich auf eine Menge der im Magen
lebenden Mikroben. Ein roter Apfel wird auch von
einem schwachen Magen im Laufe von anderthalb
Stunden abgebaut. Gute Äpfel sind der Verdauung
förderlich und vertreiben krankhafte Säurebildung.
Für Fieberkranke ist ein Apfel sehr erfrischend, eben-
so wie er für alte Personen gesund ist, die an Arte-
rienverkalkung leiden, denn er enthält Phosphor,
weshalb er auch als gutes Nahrungsmittel für das
Hirn angesehen werden kann. Bei Halsentzündun-
gen und Bronchitis kann ein Apfel gleichfalls gute
Dienste tun. Man schneidet ihn in dünne Scheiben,
gießt kochendes Wasser darüber und läßt das Ganze
eine Weile ziehen, worauf es durchsiebt und mit
etwas Zucker gesüßt wird. Auf Menschen, die an
übermäßiger Fettbildung und Lebererkrankungen lei-
den, wirkt eine strenge Obstdiät mitunter recht wohl-
tätig. Wer an überhöflicher Magensaure leidet, tut
hingegen gut, saures Obst zu vermeiden und sich nur
an süßes zu halten, wie Pflaumen, Birnen, Bel-
gen usw.

Gerichtssaal.

„Frontkämpfer“ als Erzeuger von Mordwaffen.

Wien, 20. Juni. (Eigenbericht.) Vor dem
Wiener Schöffengericht fand heute ein Prozeß gegen
drei Angehörige der Frontkämpfervereingung wegen
unerlaubter Herbeiführung und Ver-
breitung von Waffen statt. Im März vori-
gen Jahres waren in Linz bei einem Spediteur

drei Kisten aufgefunden worden, in denen zum
Teil Glaspfen mit Reizgasen, zum Teil andere
Waffen wie Sturmrevolver, die von der Polizei als
Toischläger ärgster Sorte bezeichnet wurden, enthal-
ten waren. Die Reizgase waren in Wien erzeugt
und mit den Toischlägern von Wien nach Linz an
die dortige Frontkämpfervereingung geschickt worden.
Die drei heute angeklagten Frontkämpfer waren der
Chemiker, der die Gase erzeugt hatte und zwei
Frontkämpfer, die die Kisten nach Linz geschickt ha-
ten. Der Chemiker gab zu, daß er 300 Flaschen Reiz-
gas, das aus Chlorpikrin mit Schwefelkohlenstoff be-
stand, erzeugt und dem dritten Angeklagten gegeben
hatte. Die Toischläger waren von der Sachdemobilis-
ierung gekauft worden. — Die Angeklagten wurden
nach durchgeführter Verhandlung, die ihre Schuld
leiderlos ergab, sehr milde bestraft. Zwei von
ihnen erhielten je eine Woche Arrest be-
dingt (!), der dritte erhielt, da er vorbestraft ist,
drei Tage Arrest unbedingt. Handelt es sich ja
um „Frontkämpfer“, die heute in Oesterreich sehr
milde behandelt werden.

Zwei feindliche Familien.

Prag, 20. Juni. In einer Gemeinde bei Prag,
die an einem Nebenflusse der Moldau gelegen ist,
stehen unweit des Dorfes an einer Talabiegung zwei
Bauerngehöfte. Links von der Straße das eine —
groß und wichtig hingeleitet mit seinen Wirtschaft-
sbauern an die sanft abfallende Lehne des Hügelan-
des —, ihm gegenüber nicht minder stolz empor-
ragend, das andere. „U staré eibehny“ nennt die
Bevölkerung diese Ansiedlung, die gewissermaßen die
zum Dorfe führende Bezirksstraße bewacht. Schlech-
tere Wächter allerdings hätte die Gemeinde auf die-
sen vorgeschobenen Posten nicht stellen können, als
es die Besitzer der beiden Gehöfte sind. Denn seit
Jahrhunderten fast leben die Familien der Holu-
badek und Cerveny in immerwährendem Streite
und ruht einmal für Jahre der Kampf, so hat sicher
eine der beiden Familien einen großen Prozeß ver-
loren und gibt nun notgedrungen Ruhe. Doch kaum
haben einige gute Ernten die Gelbde wieder etwas
gestillt, so entbrannt sofort ein neuer Streit.

Seit Jahren nun herrschte wieder eine Art Waf-
senstillstand zwischen den beiden Familien. Und es
hatte beinahe den Anschein, als ob es endlich zu
einem Frieden kommen würde, denn die derzeitigen
Häupter der beiden Familien waren Kriegslamada-
den gewesen und hatten zusammen bei den sibirischen
Legionen gekämpft. Und als sie dann zusammen aus
dem Kriege heimkamen, reichten sie sich noch auf der
Straße zwischen den beiden Gehöften die Hände und
versprachen einander, auch fernherhin gute Freunde
zu bleiben. So war Friede eingeleitet bei der Sied-
lung „U staré eibehny“, bis eines Tages — es war
Mitte Mai — der alte Hof der beiden Familien wie-
der zum Durchbruch kam.

Die Kinder der Familien spielten unter einem
Apfelbaum, der auf einem die beiden Besitzungen
trennenden Feldrain steht. Der Baum stand in vol-
ler Blüte. Und die Kinder Cerveny's, dem der Baum
gehört, schwärmten bereits davon, wieviel Obst sie
von diesem Baume ernten werden. Da meinte der
kleine Holubadek: „Die Äpfel, die auf unser Feld
herrüberreichen, werden wir schon rechtzeitig säu-
bern“. Und schon gab es einen Gängebau und Ge-
johle, so daß die Väter und Mütter entsetzt herbei-
geeilt kamen. Aber statt daß sie nun den Streit der
Kinder schlichteten, gerieten sie selbst in Streit, in
dessen Verlauf Cerveny von Holubadek eine schallende
Chrfreige bekam.

Der vorläufige Abschluß des wieder neu begin-
nenden Kampfes der beiden Familien bildete heute
die Verurteilung Holubadek's vor einem Bezirksrichter
zu 100 K Geldstrafe, da die Chrfreige etwas allzu
kräftig ausgefallen war. Diese Verurteilung ist aber
nur ein vorläufiger Abschluß. Denn, wie Holu-
badek heute befriedigt mitteilte, hat seine Frau auch
ihrerseits den Kampf aufgenommen. Aber diesmal
habe sie so etwas wie eine Chrfreige abbekommen.

Die Ursache.

Roman von Leonhard Fraul.

„Seien Sie so freundlich! Sehen Sie, ich
kann mit Ihrem Mal wirklich nichts anfangen...
Und nach Berlin zurückgekehrt, dachten Sie sich
den ganzen Plan aus.“
„Nein, ich wollte mich ansöhnen mit dem
Lehrer.“
„So, ansöhnen,“ sagte der Richter ruhig.
„Und anstatt dessen ermordeten Sie ihn... Ihr
gesunder Menschenverstand muß Ihnen doch
sagen, daß das Unsinn ist.“
Des Dichters Augen sahen in der Ferne die
Kammer.
„Ansöhnen — und anstatt dessen ermorden?
Das müssen Sie mir erklären.“
„Das zu erklären... ist kompliziert. Dazu
fehlen die Voraussetzungen.“
„Mir, wie?“
Der Dichter zuckte bedauernd die Schultern
und schwieg.
Und der Richter tauchte die Feder während
ins Tintenfaß. Dabei lächelte er.
„Zu allem kam auch noch das Entsetzliche
mit dem Schulknaben“, begann der Richter von
selbst. „Ich mußte mit ansehen, wie die gleich-
ursache meines Glendes dem Knaben ins Gehirn
geschleudert wurde. Da empfand ich, daß der
Lehrer ein Repräsentant der Seelenzerstörer
war... und mein Haß erwürgte ihn.“
„Erwürgte ihn.“ schrieb der Richter auf.
„Und dann, dann nahmen Sie den Hundert-
mardschein.“
„Dann, ja, dann nahm ich den Schein.“
„Na, sehen Sie.“ „Nach der Tat nahm ich
den Schein.“ schrieb er auf. „Nicht wahr?...
Also, um das Geld zu bekommen, geschah die

Sache... Neue und Aufrichtigkeit kann Ihnen
nur nützen. Was Sie mir sagen, ist ja auch
noch nicht absolut verbindlich für Sie... Und
dann wollten Sie natürlich so schnell wie möglich
fliehen.“
„Auch wegen meiner Mutter.“
„Aber durch einen hübschen Zufall waren
sämtliche fünfzehn Polizisten auf dem Bahnhof“,
sagte der Richter zu sich selbst.
Und der Dichter sagte traumhaft: „Ich wollte
gar nicht zum Bahnhof. Auf den Berg wollte
ich steigen und noch einmal auf die Stadt
hinuntersehen... Und dann immer weiter
wandern.“
Das notierte der Richter und ließ den Dichter
abführen.
„Aber auch ein Glück, daß er zum Bahnhof
zu diesen fünfzehn Kamelen o'saufen ist“, sagte
er zum Schreiber und begann, das Protokoll für
die Reinschrift zu diktieren, „denn sonst könnten
wir diesen falschlüßigen Erzählungen jetzt auf der
ganzen Welt suchen... Solche Gummiseile fehlten
uns gerade noch! Was meinen Sie?“
In der Felle stand der Dichter reglos an
der Mauer. Seine Gedanken und Gefühle um-
kreisten die Mutter; seit der Verhaftung litt er
nur unter der Qual seiner Mutter.
Der Wärter horchte neugierig am Beobach-
tungsfenster der Zellentür, als der Dichter vor-
sich hin sagte: „Welch Herz... hartes Herz muß
Christus gehabt haben, da er rufen konnte: Was
geht mich dieses Weib an, ich kenne es nicht.“
Bergebens versuchte der Dichter, sich zu die-
ser Selbstlosigkeit um aller Menschen willen
emporzujwingen. Schwicste er auch nur eine
Sekunde lang von diesem Gedankengang ab, fant
er sofort wieder in die Einzelbeziehung — in die
mächtige, dunkle Blutsüde zur Mutter zurück.
„Blutketten sind grausam schwer zerreibbar,
Blutketten“, flüsterte er. Und sehnste sich mit der

ganzen Kraft seines Wesens nach Befreiung von
diesem Gefühlsgefessel, um ganz allein und bereit
sein zu können.
Seine dumpfe Liebe ließ es nicht zu. Aus
ihr heraus sagte er: „Wenn die Mutter sterben
würde... vorher, das wäre wunderbar.“
Diesem Gedanken hing er nach, dachte ihn
zu Ende. Sein Gesicht wurde alt und klar.
Da trat der Gerichtspsychater ein.
Und stülpte dem Dichter den Puls, fragte
ihn noch einmal dasselbe wie bei der ersten
Untersuchung, um eventuelle Widersprüche fest-
stellen zu können.
„Nein, meine ganze Familie ist gesund.“
„Ich?... Höchstens Schwächezustände we-
gen Unterernährung.“
Der Wärter stand bei der Tür.
„Geschwister, alle gesund? Keines ge-
storben?“
„Gestorben? Nein. Meine Schwester hat
Selbstmord begangen.“
„Das haben Sie mir das letzte Mal ver-
schwiegen... Weshalb tat sie denn das, bitte?“
„Man nimmt an, sie sei verunglückt, beim
Baden ertrunken... Ich glaube, sie tat es aus
Scham, weil der Lehrer ihr die Röde hinten
hochgehoben und ihr auf den nackten Körper ge-
schlagen hat, mit seiner Hand... vor der ganzen
Klasse.“
„Und deshalb?... Im allgemeinen ist das
für ein Kind kein Grund, sich das Leben zu
nehmen... Eine Krankheit lag nicht bei ihr
vor?“
„Nein... Ein bißchen empfindsam sind wir
Geschwister.“
„Ein Lehrer tat das?“
„Ja, Herr Lehrer Mager.“
„... Derselbe?“ Er strich sich vom Nacken
weg über den Kopf, bis zum Mund. Dann gliht

die Hand am glänzenden, schwarzen Vollbart
entlang, und der Mund öffnete sich nachdenklich.
„Da war sie dreizehn Jahre alt. Sie fiel
vom Schulhaus weg und sprang in den Fluß.
Zeit einiger Zeit denke ich mir, daß sie wegen
dieser Demütigungen in den Fluß gesprungen
ist.“
„So mir nichts — dir nichts sollten Sie
das aber doch nicht annehmen. Das erste Mal
redeten Sie kein Wort von dieser ganzen Sache
... Vielleicht ist ihr die Puppe hineingefallen
oder die Mühe... Wie Kinder sind — sie springt
nach, will sie herausholen und ertrinkt... Das
andere wäre nicht normal.“
„Fürsibar normal. Herr Doktor, furchtbar
normal!... Ein Jahr später kam... ich zum
Herrn Mager in die Klasse.“
„Und bei sich haben Sie keine besonderen
Erscheinungen beobachtet?“
„Ich weiß nichts... Meine Mutter sagt,
daß ich als Junge mit offenen Augen geschlafen
habe.“
„Das können ja... Sie selbst nicht wissen.
Und sonst?“
„Ich bin ganz normal, Herr Doktor. Will
sagen, ich bin nicht irr sinniger als zum Beispiel
Sie... und Millionen andere.“
„Wie meinen?“
„Daß 99 Prozent aller Menschen irr sinnig
sind. Und der übrige ganz kleine Prozentsatz
Menschen, von denen man im Leben sagt, sie
sind verrückt, unzurechnungsfähig, welsfremd,
sich am schärfsten dem Normalzustand des Men-
schen genähert haben.“
„Aber pardon!“
„Es ist auch nur eine Ansicht von mir.“
„Das heißt, Sie wollen sagen, daß Sie so
ein Normaler sind.“
(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein Professor der Philosophie als „Arbeiterretter“. Samstag fand in Auffsig eine Textilarbeiter-Versammlung statt, in welcher die Mitglieder der neugeborenen Gewerkschaft der demokratischen Freiheitspartei, mit ihrem Sekretäre Dr. Ergert, Prof. der Philosophie, erschienen waren. Es ist dies derselbe Sekretär Dr. Ergert, dessen Ruhmestat die Durchbrechung der 48stündigen Arbeitswoche bildet. In der Versammlung erstattete der als Redner erschienene Genosse Zimmer aus Reichenberg ein Referat über die Lage der Textilarbeiter in der Republik, das mit Beifall aufgenommen wurde. Sodann meldete sich der Sekretär Ergert zu Worte, der über die Ursachen des furchtbaren Textilarbeiterelends ganz sonderbare Weisheiten verzapfte. Die sozialen Erregungszustände der Arbeiterchaft der Nachkriegszeit zählte er zu den Ursachen der Krise. Die generalisierte Krankenversicherung, der Achtstundentag, das Betriebsauschüß-Gesetz und die Lohn- und Sozialversicherung, seien die Ursachen der Krise. Er verglich die tschechoslowakische Republik mit Amerika, wo diese sozialen Erregungszustände angeblich nicht bestehen und die Arbeiterchaft ein zufriedenes, glänzendes Leben führe, so daß der deutsche Arbeiter mit Sehnsucht nach Amerika blide. Weiter bezeichnet er die kollektivvertragliche Entlohnung als einen großen Fehler, weil die Leistungsfähigkeit des Einzelnen sich nicht auswirken kann. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und kennen auch die Verfasser! Bei allen Lohnverhandlungen haben wir von den Unternehmern daselbst gehört, es ist daher selbstverständlich, daß dieser seine „Arbeitervertreter“ sich nach der Unternehmerdecke streckt. Auf die Frage, ob die deutschdemokratische Gewerkschaft gewillt sei, den Vertrag, von dem wir jüngst berichteten, zu kündigen und die 48stündige Arbeitswoche wieder herzustellen, erklärte er, daß Verträge nicht ein fettes Papier sind, sondern daß er auf dem Boden der Vertragstreue stehe und die Kündigung des Vertrages ablehne. Der Vertrag ist erstmalig bereits am 1. Mai l. J. kündbar gewesen, daher hat eine im Vertrag vorgesehene Kündigung mit „Vertragstreue“ gar nichts zu tun. Der ausgleichende „Arbeitersekretär“ erklärte ferner ausdrücklich, daß sie — die „deutschdemokratischen Arbeiter“ — nicht auf dem Boden des Achtstundentages stehen, sondern die Verlängerung der Arbeitszeit zulassen. Erst wenn „alles“ durchgeführt ist und sich das „freie Spiel der Kräfte“ wird auswirken können, erst dann wird sich der Arbeiter wieder frei und wohl fühlen. Also müßte die deutschdemokratische Freiheitspartei eine Gewerkschaftsorganisation schaffen, damit die sozialen Erregungszustände beseitigt werden. Diese neue Gewerkschaft zählt angeblich, wie der Herr Professor verrät, 700 Mitglieder und ist noch in ihrem Wachsen begriffen. Wie dieser famosen Gewerkschaftsorganisation die Mitglieder zugeordnet werden, zeigt die Vorgangsweise in den einzelnen Betrieben. Die Mitglieder der Union der Textilarbeiter werden entlassen und an ihre Stelle kommen die Mitglieder der deutschdemokratischen Gewerkschaft, die sich mit einer Anweisung — unterschrieben von Herrn Ergert — ausweisen können. Ein Programm der deutschdemokratischen Gewerkschaft konnte Professor Ergert nicht entwickeln, dafür verspricht er, sich im Falle der Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder die Füße abzurennen, um Arbeitsplätze aufzutreiben. Als ihm die Genossen Deutsch und Zimmer vorhielten, daß wohl zuerst die christlichen Arbeiter weichen müßten, um den irreführenden deutschdemokratischen Mitgliedern Platz zu machen, begannen Herr Ergert und seine Knappen zu toben. Der zweite seine Förderer dieser deutschdemokratischen Gewerkschaft ist ein gewisser Koscher, welcher aus der nationalsozialistischen Partei flüchtete und heute noch verschiedene Verbindlichkeiten mit dieser Partei ausgetragen hat. Diese Leuchte wurde von dem Herrn Professor der Philosophie und Gewerkschaftssekretär im Hauptberuf mit offenen Armen aufgenommen. Die Arbeiterchaft von Auffsig wird ein besonderes Augenmerk auf die Tätigkeit dieser beiden Herren richten müssen, um ihnen, bevor sie noch größeren Schaden stiften, das Handwerk zu legen.

Kreisgewerkschafts-Konferenz Südböhmen. An der am 17. Juni d. J. abgehaltenen Kreisgewerkschaftskonferenz nahmen 36 Delegierte teil, als Vertreter der Zentralgewerkschafts-Kommission erschien Gen. Julius John. Aus dem Bericht des Sekretärs Gen. Kuplent war zu ersehen, daß am 1. Jänner 1923 ein Mitgliederstand von 6442 zu verzeichnen war. Infolge der Wirtschaftskrise wurden fast alle Zögwerke stillgelegt, was an den Organisationen nicht spurlos vorüberging. Besonders schwer haben die Bediensteten unter der Krise zu leiden, da nur ein kleiner Teil Beschäftigung fand, während die Mehrzahl arbeitslos ist. Die anderen Brände führen gleichfalls gegen Entlassungen und Lohnreduzierungen einen schweren Kampf. Im Augenblick scheint die Krise etwas nachgelassen zu haben. Die Gelben und Schwarzen vermochten bis jetzt nicht nennenswerte Erfolge zu erzielen, wo es ihnen dennoch gelang, kleine Erfolge zu erzielen, waren ihnen die Kommunisten freiwillige Wegbereiter. Hierauf hielt Gen. John ein treffliches Referat über das Wesen und die Taktik unserer Gewerkschaften. Nach einer Debatte, an der sich die Genossen Pöhl (Papierarbeiter) Schnölzer (Metallarbeiter) und Tytsch (Bergarbeiter) beteiligten, sprach Gen. Tytsch (Metallarbeiter) über Vertragsverhältnisse. Genosse Kuplent teilte sodann mit, daß nachdem er in das Reichsparteisekretariat nach Prag berufen wurde, das Sekretariat neu zu besetzen

sei. Der Antrag der Exekutive, den Gen. Josef Friedrich, Metallarbeitersekretär in Bodenbach ab 1. August anzustellen wurde einstimmig angenommen. Bei der Neuwahl der Exekutive wurde Gen. Franz Bahlo, Krummou, zum Obmann gewählt. Mit einigen Dankesworten an die scheidenden Genossen Kuplent und Tytsch schloß der Vorsitzende die prächtig verlaufene Konferenz.

Verhandlungen über eine Kohlenpreis-Perabsetzung. Das Ministerium für öffentl. Arbeiten teilt mit, daß über eine Herabsetzung der Kohlenpreise verhandelt wird. Die Verhandlungen würden in kurzer Zeit beendet sein. Bei der Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft wurde ein Preisnachlaß für den Schacht „Roudny“ erzielt, so daß dieser Schacht demnächst wieder in Betrieb gesetzt werden wird.

Amerikanische Löhne. Die New Yorker Manuergewerkschaft ist in eine Lohnbewegung eingetreten und hat es abgelehnt, einen von den Arbeitgebern angebotenen Tarifvertrag auf zwei Jahre zu unterzeichnen, welcher einen Tagelohn von 11 Dollars festsetzt. Die Gewerkschaft fordert einen Tagelohn von mindestens 12 Dollars (102 Kc) mit der Begründung, daß in den meisten anderen Berufsarten bis zu 14 Dollars bezahlt würden. (Ein Dollar ist gegenwärtig 33,50 tsch. Kronen.)

Streik der Holzarbeiter und Zimmerleute in der Schweiz. Der Schweizer Bau- und Holzarbeiterverband teilt mit, daß sich seit vier Wochen die Holzarbeiter und Zimmerleute in Basel in einem harten Kampf um Lohnverbesserungen befinden. Die Betriebe des ganzen Platzes stehen leer. Von den 600 Streikenden sind schon viele abgereist. 150 Mann in 40 Betrieben arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen. 700 Mann befinden sich noch im Streik. Der Kampf hat prinzipielle Bedeutung nicht nur für Basel, sondern für die ganze Schweiz, da sich das ganze Unternehmertum verschworen hat, jede Lohnverbesserung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Um die Pläge der Streikenden zu besetzen, werden im Auslande Zimmerleute, Schreiner und Maschinen angeworben. Mit staatlicher Unterstützung versucht man die Leute in die Schweiz zu bringen, macht ihnen falsche Angaben, es sei jetzt wegen großer Vantätigkeit größerer Mangel an gelernten Schreiner und Zimmerleuten. Auch die Schreiner und Zimmerleute in Bern und Zürich stehen ebenfalls in einer Lohnbewegung. Da die Unternehmer, hauptsächlich in Bern, sich weigern, zu verhandeln, sind diese Pläge strengstens gesperrt. Die Holzarbeiter im Ausland haben dafür zu sorgen, daß kein Schreiner, Zimmermann oder Maschinenist in Basel, Bern und Zürich vor Beendigung der dortigen Lohnkämpfe Arbeit nimmt.

Ein neues Buch über Volkswirtschaft. Im Verlag der „Arbeit und Wirtschaft“ und der Wiener Volksbuchhandlung ist soeben eine Broschüre erschienen, welche geeignet ist, dem Bedürfnis nach einer populären und dennoch wissenschaftlichen Aufstellungen genügenden Darstellung aller jener wirtschaftstheoretischen Probleme, welche die Gegenwart so lebhaft beschäftigen, im weitesten Maße entgegenzukommen. Dr. Benedikt Sautsky, der Sekretär für Volkswirtschaft und Statistik in der Wiener Arbeiterkammer, hat unter dem Titel „Wirtschaftsprobleme der Gegenwart“ die feinerseit im „Betriebsrat“ erschienene Artikelreihe mit zahlreichen Abänderungen und Erweiterungen zu einem 80 Seiten starken Bändchen zusammengestellt, das in zehn wohlgegliederten Kapiteln mit Ausnahms der Probleme der Geldentwertung fast kein Symptom unserer Wirtschaftskrise und Arisierung unberücksichtigt läßt. Nach einer Einleitung über die Bedeutung der Theorie behandelt Sautsky zunächst in sehr origineller Weise die Lehre vom Wert und die Marx'sche Mehrwerttheorie, um dann das Verhältnis zwischen Mehrwert und Profit zu charakterisieren. Hierin beschäftigt sich Sautsky mit dem Problem der Profitrate und den Ursachen ihrer Veränderungen, um schließlich näher auf die Bedeutung der Mehrwerttheorie für den Klassenkampf einzugehen. Mit einem wirkungsvollen Appell an die internationale Arbeiterchaft schließt Sautsky abschließende Arbeit, die besonders für Betriebsrat- und Gewerkschaftsfunktionäre die wertvollen Dienste eines Lehrbuchs der theoretischen Volkswirtschaft leisten wird. Der Preis der Broschüre beträgt 2 Ks.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

| | | |
|------------------|-------------|---------------------|
| Zürich | Schw. Krant | 10,75 ⁰⁰ |
| Berlin | Mark | 8730 ⁰⁰ |
| Wien | östr. Kr. | 2125 ⁰⁰ |

Prager Kurse am 20. Juni.

| | Geld | Ware |
|---------------------------------|----------------------|----------------------|
| 100 holl. Gulden | 13,08 ⁰⁰ | 13,12 ⁰⁰ |
| 10,000 Mark | 2,43 ⁰⁰ | 2,05 ⁰⁰ |
| 100 belg. Francs | 177,25 ⁰⁰ | 178,75 ⁰⁰ |
| 100 schweiz. Francs | 596,75 ⁰⁰ | 599,25 ⁰⁰ |
| 1 Pfund Sterling | 158,12 ⁵⁰ | 154,62 ⁵⁰ |
| 100 Lire | 150,00 ⁰⁰ | 151,50 ⁰⁰ |
| 1 Dollar | 83,30 ⁰⁰ | 83,70 ⁰⁰ |
| 100 franz. Francs | 208,50 ⁰⁰ | 210,00 ⁰⁰ |
| 100 Tinar | 33,12 ⁵⁰ | 38,62 ⁵⁰ |
| 10,000 magdar. Kronen | 34,00 ⁰⁰ | 35,00 ⁰⁰ |
| 10,000 poln. Mark | 2,50 ⁰⁰ | 3,30 ⁰⁰ |
| 10,000 östr. Kronen | 4,50 ⁰⁰ | 5,00 ⁰⁰ |

Züricher Schlußkurse am 20. Juni.

| | Geld | Ware |
|---------------------|-----------------------|-----------------------|
| Paris | 34,50 ⁰⁰ | 34,65 ⁰⁰ |
| London | 25,73 ⁰⁰ | 25,74 ⁰⁰ |
| Berlin | 0,00,44 ⁰⁰ | 0,00,50 ⁰⁰ |
| Parisland | 25,20 ⁰⁰ | 25,30 ⁰⁰ |
| Holland | 218,20 | 218,50 |
| Wien | 0,00,78 ⁵⁰ | 0,00,78 ⁷⁵ |
| Budapest | 0,08 ⁰⁰ | 0,08 ⁵⁰ |
| Brau | 16,70 ⁰⁰ | 16,75 ⁰⁰ |
| New York | 5,56 ⁵⁰ | 5,57 ⁰⁰ |
| Belgrad | 6,25 ⁰⁰ | 6,40 ⁰⁰ |
| Warschau | 0,00,85 ⁰⁰ | 0,00,45 ⁰⁰ |

Kunst und Wissen.

„Hans Heiling“, romantische Oper von Heinrich Marschner. (Reinestudiert im Neuen Deutschen Theater, 19. Juni 1923.) In der Geschichte der deutschen Oper nimmt Heinrich Marschner die vermittelnde Stellung zwischen Karl Maria von Weber und Richard Wagner ein; er ist auf dem Gebiete der Oper Romantiker im wahren Sinne des Wortes wie jener, so wie Wagners erste Oper, vor allem der „Fliegende Holländer“ und „Lohengrin“, noch ganz im Banne der deutschen Romantik stehen. Marschners bedeutendste Opernschöpfung, der im Jahre 1833 in Berlin zum erstenmale in Szene gegangene „Hans Heiling“, der Textdichter Eduard Devrient ist, gehört mit Webers „Freischütz“ zu den dem Volksempfinden am nächsten liegenden Werken der Opernliteratur, weil das deutsche Volk in ihr all das findet, was sein eigenes Herz erfüllt. In der Reihe der romantischen Opern ist Marschners „Hans Heiling“ der unmittelbare Vorläufer des Wagner'schen „Holländer“, dem er auch dem Schicksale seines Helden nach in vieler Hinsicht ähnlich ist. Im Repertoire der deutschen Opernbühnen dürfte der „Hans Heiling“ schon seiner Volkstümlichkeit wegen nicht fehlen; im Repertoire der Prager deutschen Oper aber auch aus dem Grunde nicht, weil der „Hans Heiling“ dem Schauplatze seiner Handlung nach (die Sage von Hans Heiling ist in der Karlsbader Gegend heimisch) eine für uns doppelt wertvolle und interessante Oper ist. Es ist aus diesem Grunde mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Prager Bühne Marschners Hauptwerk dem Spielplane neustudiert wieder einberleibt hat, umso mehr als wir gegenwärtig in Herrn Schwarz die denkbar beste Sängerverfälligkeit für die Verkörperung der Titelrolle besitzen. Denn unser Heldensänger Josef Schwarz ist nicht nur ein Sänger, dem der Wohlklang und äppigste Tonfülle von den Lippen strömt, sondern auch ein intelligenter, mitunter sogar geistreicher Darsteller. Sein Vortrag der großen Arie „An jenem Tag“, halb von demütigster Liebe, halb von unheimlicher Eifersucht und Leidenschaft erfüllt, ist ein Erlebnis. Aber auch die übrigen Partien der mit frischem Zuge gespielten Oper erwiesen sich als zutreffend; Frau Verthold als Königin der Erdegeister, Frä. Horra als Hans Heiling's Braut Anna, Paula Sommer in der Rolle ihrer Mutter, Otto Macha als ihr Geliebter Konrad und Josef Hagen als Schmied Stephan boten darstellerisch und gefanglich prächtige Leistungen. Als guter musikalischer Geist des Opernabends waltete Adolf Rienzl am Dirigentenpulte, während die Spielleitung bei Herrn Hans Ludwig in verlässlichen Händen lag. Leider ließ der Besuch des Theaters viel zu wünschen übrig, trotzdem sich gerade eine so volkstümliche Oper wie diese der stärksten Teilnahme des Publikums erfreuen sollte. —ok.

Neues Theater. Heute Donnerstag die neue Winterberg-Operette „Der blonde Engel“; Freitag Plotows Oper „Martha“, Uonnel: Karl Neumann, Wien, o. G. a. A.; Samstag „Hans Heiling“; Sonntag abends „Orpheus in der Unterwelt“; Montag erster Abschiedsabend Louis Jilling „Günstling der Jarin“.

Kleine Bühne. Morgen Freitag „Die kleine Sünderin“; Samstag „Komisch Guter“; Sonntag abends „Papa“.

Ein Bibliotheken Wanderbuch

für das

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Nichtel- u. Erzgebirge, Wäher- böhmisches Schweiz, Jeschen-, Iser- u. Riesengebirge, Waldenburger u. Guldengebirge, Glaher- gebirge u. Deutscher.

Mit vielen Wanderkarten in Reinwand gebunden.

Preis, wenn mit Hinweis auf dieses Inserat bestellt nur 6.50 Kronen.

Bücherverzeichnisse kostenlos, Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt **Gärtner & Co., Bodenbach a. E.** G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Gummi- und Blechmaschinen mit einer Agerleistung von 500,000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 200,000 Zeitungen, Fernsprecher Nr. 271, Postfach Nr. 127, 663

Prager Genossen und Genossinnen!

Wahret euer Gemeindevahlrecht!

Nehmet vom 16. bis 22. Juni 1923 für euch und eure Bekannten in die Wählerlisten Einsicht! Auskünfte erteilt unsere Wahlkanzlei Prag II., Smecktagasse 27, Verein deutscher Arbeiter.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Buchau. Bei der am letzten Sonntag in Buchau stattgefundenen Bezirkskonferenz erstattete nach Abgabe der Berichte Genosse Röhms-Betschau zum Programmpunkte „Die kommenden Gemeindevahlen“ ein ausführliches Referat. Es wurde ein Agitationsauschüß eingesetzt, der alle Arbeiten durchführen soll. Beim Punkte „Organisation und Agitation“ wurde beschlossen, in den nächsten vierzehn Tagen im Buchauer Gebiete eine Reihe von Versammlungen abzuhalten. Bei Punkt „Allfälliges“ verwarfte sich die Konferenz einmütig gegen das Vorgehen der bürgerlichen Parteien, die im Buchauer Gebiet mit der Behauptung haufieren gehen, das Egerländer Volk sei durch einen Artikel des „Volkswille“ als „Egerländer Schwäne“ beschimpft worden. Zum Schlusse wurde noch die Gründung einer Jugendorganisation angeregt. Die Konferenz beschloß, diesbezüglich mit dem Jugendsekretariat in Karlsbad in Fühlung zu treten.

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele. Samstag: Verbands-spiel DFB gegen CFB am Slaviaplatz. — Sonntag: Meisterschaft 1. Klasse: Slavia gegen Cechie Karlin, Viktoria Zizkow gegen Libeh, Slavol VII gegen CAG, Malostranský SK gegen Sporta Kosice, Viktoria Vinohrady gegen WSA Bräovic. — Heute Länderkampf Schweiz gegen Norwegen in Christiania.

Schwimmen. Das „Quer durch Prag“-Schwimmen findet am kommenden Sonntag, den 24. Juni vormittags auf der 4000 Meter langen Strecke Schwimmschule Vysehrad-Ceska-Bräve statt. Der Start ist für 8.15 Uhr festgesetzt. In den selben Kategorien gehen insgesamt 45 Schwimmer an den Start.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag, für den Druck verantwortlich: O. Holik.

In jeder Familie

werden **BERSON-Gummiabsätze** und **Gummi-sohlen** getragen, denn sie helfen sparen und schaffen Freude!

BERSON

Gummiabsätze und Gummisohlen

lassen Sie sich von Ihrem Schuhmacher anbringen, Sie werden keine anderen mehr tragen!